

Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland

über die Vierte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 4. bis 8. Juli 1995 in Ottawa/Kanada

Inhalt

- I. Teilnehmer
- II. Ständiger Ausschuß
- III. Eröffnungssitzung
- IV. Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit
- V. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- VI. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen
- VII. Treffen der Parlamentarierinnen
- VIII. Plenarsitzung
- IX. Wahl des Präsidiums
- X. Anhang (Erklärung von Ottawa)

I. Teilnehmer

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegation zur Vierten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nach Ottawa:

Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU), Leiterin der Delegation
Abgeordneter Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abgeordneter Freimut Duve (SPD)
Abgeordnete Katrin Fuchs (Verl) (SPD)
Abgeordneter Walter Kolbow (SPD)
Abgeordneter Kurt J. Rossmann (CDU/CSU)
Abgeordneter Ulrich Schmalz (CDU/CSU)
Abgeordnete Dr. Irmgard Schwaetzer (F.D.P.)
Abgeordneter Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgeordneter Prof. Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)
Abgeordneter Willy Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)
Abgeordneter Dr. Christoph Zöpel (SPD)

Darüber hinaus nahm der Abgeordnete Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD) in seiner Eigenschaft als Präsident der Nordatlantischen Versammlung an der Tagung in Ottawa teil.

Bei der Vierten Jahrestagung der Versammlung waren Parlamentarier aus allen OSZE-Teilnehmerstaaten mit Ausnahme der von der Teilnahme suspendierten Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Kasachstans, dessen Parlament vom Staatspräsidenten aufgelöst worden ist, Armeniens und Bosnien-Herzegowinas vertreten. Parlamentarierdelegationen aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie aus Japan hatten in Ottawa Beobachterstatus. Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Nordatlantischen Versammlung, der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Interparlamentarischen Versammlung der GUS nahmen ebenfalls als Beobachter an der Tagung der OSZE-Versammlung in Ottawa teil.

Mit dem amtierenden Vorsitzenden des OSZE-Ministerrates, dem ungarischen Außenminister László Kovács, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, und der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Audrey Glover, waren in Ottawa hochrangige Vertreter der OSZE-Exekutive anwesend. Auf Initiative des Generalsekretärs der OSZE, Dr. Wilhelm Höynck, hatte im übrigen vor Beginn der Tagung für die Parlamentarier ein Briefing über die Aktivitäten der OSZE-Exekutive stattgefunden.

II. Ständiger Ausschuß

Der Ständige Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE tagte am 4. Juli 1995 in Ottawa unter Leitung von Präsident Frank Swaelen. Zu Be-

ginn der Sitzung hielt der kanadische Außenminister **André Ouellet** eine kurze Ansprache über die Schwerpunkte der kanadischen Außenpolitik. Er vertrat die Auffassung, daß es aus kanadischer Sicht notwendig sei, daß sich das europäische Sicherheitssystem an die neuen politischen Gegebenheiten anpasse. In diesem Zusammenhang spiele die OSZE eine besonders wichtige Rolle. Kanada sei von der Bedeutung der OSZE überzeugt und nehme deshalb aktiv an deren Arbeiten teil. Anschließend ging er auf das Vorhaben der OSZE ein, ein Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Aus kanadischer Sicht sei es wichtig, die Definition des Begriffs „Sicherheit“ zu erweitern. Frühwarnung und präventive Diplomatie seien für die Erhaltung von Frieden und Stabilität unabdingbar. Toleranz und Achtung von nationalen Minderheiten seien weitere wichtige Faktoren für Sicherheit und Stabilität. Als weiteren wichtigen Aspekt für die Erhaltung von Frieden und Stabilität nannte er die Fähigkeit zur Krisenbewältigung, die innerhalb der OSZE weiter ausgebaut werden müßte.

Im Anschluß an den kurzen Vortrag des kanadischen Außenministers stand der Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit des Internationalen Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf der Tagesordnung. Der Generalsekretär hob eingangs hervor, daß das zurückliegende Jahr für die Versammlung sehr produktiv gewesen sei. Darüber hinaus sei festzuhalten, daß sich die Ausgaben der Versammlung trotz wachsender Aktivitäten im Rahmen des Haushalts gehalten hätten. Als wichtige Aktivitäten der Versammlung hob er die Wahlbeobachtungen besonders hervor. Darüber hinaus ging er auf die mittlerweile enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und der OSZE-Exekutive ein. Im übrigen ging er kurz auf die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses zur Änderung der Geschäftsordnung sowie auf das Praktikantenprogramm des Internationalen Sekretariates ein.

Anschließend verabschiedeten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses einstimmig den vom Schatzmeister Sir Peter Emery vorgelegten Haushaltsentwurf 1995/1996 der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Mit der Annahme des Haushaltsentwurfs 1995/1996 stimmte der Ständige Ausschuß zugleich einer Umstellung der Haushaltsansätze und Beiträge, die bisher in US-Dollar ausgewiesen waren, auf Dänische Kronen zu. Mit dieser vom Schatzmeister vorgeschlagenen Maßnahme soll erreicht werden, daß sich die Kursschwankungen des US-Dollar nicht mehr auf den Haushalt der Versammlung auswirken können.

Als weiterer wichtiger Punkt stand anschließend der Bericht über die Türkei-Mission der Versammlung, die im Mai unter Leitung des Abgeordneten Willy Wimmer stattgefunden hatte, auf der Tagesordnung. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** verwies eingangs auf den schriftlich vorliegenden Bericht, der detailliert über Ablauf und Ergebnisse der Türkei-Mission Auskunft gebe. Er hob hervor, daß die Türkei-Mission ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Arbeit der OSZE-Parlamentarierversammlung sei. In diesem Zusammenhang dankte er einerseits den Mitgliedern

der Delegation für die sehr gute Zusammenarbeit und das hohe Maß an sachlicher Kohärenz sowie andererseits dem türkischen Vizepräsidenten der OSZE-Versammlung, Uluc Gürkan, für die ausgezeichnete Vorbereitung des Besuchs von türkischer Seite und die sachliche Zusammenarbeit während der gesamten Mission. Er wies darauf hin, daß die Türkei-Mission angesichts der innertürkischen Vorgänge im Zusammenhang mit einer geplanten Verfassungsreform hohe innenpolitische Aufmerksamkeit erreicht habe. Da die letzte Lesung der Bestimmungen zur Verfassungsreform im türkischen Parlament zeitlich mit der Jahrestagung in Ottawa zusammenfalle, befinde sich die Versammlung in einer sehr verantwortungsvollen Situation. Für die demokratische Entwicklung in der Türkei sei es unerlässlich, daß die Verfassungsbestimmungen in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise geändert würden. Um den Gegnern dieser Verfassungsänderungen nicht in die Hände zu spielen, empfehle er, den Bericht über die Türkei-Mission zur Kenntnis zu nehmen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Resolution dazu zu verabschieden. Nach kurzer Diskussion stimmten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Kenntnisnahme des Berichts zu und sprachen sich im übrigen für eine Fortsetzung der Arbeit der Türkei-Delegation unter Leitung des Abgeordneten Willy Wimmer aus.

Darüber hinaus nahmen die Mitglieder des Ständigen Ausschusses die Einladung des polnischen Delegationsleiters an, die Sechste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli 1997 in Warschau abzuhalten. Die Fünfte Jahrestagung der Versammlung findet im Juli 1996 in Stockholm statt.

Am Ende der Sitzung stimmte der Ständige Ausschuß dem Vorschlag von Präsident Frank Swaelen zu, einen Ad-hoc-Ausschuß einzusetzen, der die Aufgabe hat, sich mit der Ausarbeitung eines **Verhaltenskodexes zu politisch-demokratischen Aspekten der Zusammenarbeit** zu befassen. Die Präsidentin des Deutschen Bundestages und Leiterin der deutschen Delegation, Dr. Rita Süßmuth, hatte anläßlich der Sitzung des Ständigen Ausschusses im Januar 1995 vorgeschlagen, einen derartigen Verhaltenskodex analog zu dem von der OSZE-Exekutive bereits angenommenen Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu erarbeiten. Grundlage für die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses ist eine Materialsammlung des Internationalen Sekretariates sowie ein von der deutschen Delegation vorgelegter Entwurf, der die Mindestinhalte für einen Verhaltenskodex zu politisch-demokratischen Aspekten der Zusammenarbeit umreißt. Die Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses, der anläßlich der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses im Januar 1996 über seine Arbeit berichten soll, werden vom Präsidenten der Versammlung bestimmt. Den Vorsitz soll die Präsidentin des Deutschen Bundestages übernehmen.

III. Eröffnungssitzung

In der Eröffnungssitzung, die am 5. Juli 1995 im Kongreßzentrum in Ottawa stattfand, sprachen der Prä-

sident der Versammlung der OSZE, Frank Swaelen, der Präsident des kanadischen Unterhauses, Gilbert Parent, der Präsident des kanadischen Senats, Gildas Molgat, der kanadische Premierminister, Jean Chrétien, sowie der amtierende Vorsitzende der OSZE, der ungarische Außenminister László Kovács.

In seiner Eröffnungsansprache dankte der Präsident der Versammlung den kanadischen Gastgebern für den herzlichen Empfang und die ausgezeichnete Organisation der Jahrestagung in Ottawa. Anschließend gab er einen kurzen Rückblick auf die Arbeit der Versammlung im vorangegangenen Jahr. In diesem Zusammenhang hob er die Teilnahme der Mitglieder des Präsidiums am Budapester KSZE-Gipfeltreffen im Dezember 1994 besonders hervor, in der de facto eine Anerkennung der Versammlung als OSZE-Gremium zu sehen sei. Wichtig sei auch, daß sich die OSZE-Exekutive im Budapester Dokument für eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung ausgesprochen habe. Zugleich bedauerte er, daß die OSZE-Exekutive auch in Budapest nicht dem Vorschlag der Versammlung gefolgt sei, vom Konsensprinzip abzugehen. Unter Hinweis auf die aktuelle politische Lage, insbesondere den Bosnien-Konflikt, der sich ohne Aussicht auf eine Lösung im dritten Jahr befindet, sowie den Konflikt in Tschetschenien, unterstrich er die Bedeutung von präventiver Diplomatie und Konfliktverhütung im Rahmen der OSZE. Anschließend ging er auf die Bedeutung der Türkei-Mission der Parlamentarischen Versammlung ein, die unter Leitung des Abgeordneten Willy Wimmer erfolgreich durchgeführt worden sei. Mit Blick auf die anstehende Tagung hob er die Bedeutung der vorliegenden Berichte der drei Ausschüsse, die die drei Dimensionen des OSZE-Prozesses abdecken, hervor. Besonders wichtig sei der Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt, der sich mit der wirtschaftlichen Situation in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion befasse. Er unterstrich, daß Frieden und Stabilität nicht allein durch militärische Sicherheit erreicht werden könne, sondern vielmehr eng mit wirtschaftlicher Sicherheit verbunden sei.

Im Anschluß an die Eröffnung der Jahrestagung durch den Präsidenten der Versammlung hieß der Präsident des kanadischen Unterhauses die Konferenzteilnehmer in der kanadischen Hauptstadt Ottawa herzlich willkommen. In seiner kurzen Ansprache stellte er eingangs fest, daß Kanada davon überzeugt sei, daß die Entwicklung in Europa auch Einfluß auf Nordamerika habe. Es gebe deshalb in Kanada keine isolationistischen Tendenzen. Vor dem Hintergrund von kriegesischen Auseinandersetzungen und Konflikten in aller Welt unterstrich er die besondere Rolle der OSZE im Bereich der Frühwarnung sowie der präventiven Diplomatie mit dem Ziel der Konfliktverhütung. Es gelte, daß Sicherheit nicht mehr alleine auf militärische Sicherheit beschränkt sei, sondern auch wirtschaftliche Stabilität umfasse. Er betonte, daß Kanada die OSZE in ihrer Arbeit aktiv unterstütze, und hoffe, daß die OSZE in Zukunft eine noch effektivere Rolle bei der Lösung von Krisen und Konflikten spielen werde. Von großer Bedeutung sei in

diesem Zusammenhang auch die parlamentarische Unterstützung für den OSZE-Prozeß. Er sprach daher abschließend die Hoffnung aus, daß die Parlamentarische Versammlung auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der OSZE leisten werde.

In seiner anschließenden Ansprache unterstrich der Präsident des kanadischen Senats die große Bedeutung der transatlantischen Dimension der OSZE. Es sei deshalb eine besondere Freude für ihn, die Parlamentarier der Versammlung erstmals in Nordamerika begrüßen zu können. Um die herausragende Rolle der OSZE zu verdeutlichen, ging er kurz auf die wesentlichen Etappen der bisherigen Entwicklung ein. Mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki sei der KSZE-Prozeß in Gang gesetzt worden, der in der Zeit des Ost-West-Konfliktes den Dialog zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ermöglicht habe. Mit den drei Körben von Helsinki sei die KSZE bereits damals weit über die Dimension der Sicherheit hinausgegangen. Ein weiterer wichtiger Entwicklungsschritt sei die Verabschiedung der Charta von Paris für ein neues Europa im Jahre 1990 gewesen. Damit sei der Prozeß der Institutionalisierung der KSZE eingeleitet worden. In der Charta von Paris sei von den Regierungschefs durch die Anerkennung der parlamentarischen Dimension der Grundstein für die Schaffung der Parlamentarischen Versammlung gelegt worden. Seit der Madrider Erklärung aus dem Jahre 1991 habe sich die Parlamentarische Versammlung stetig weiterentwickelt. Von besonderer Bedeutung seien die Erklärungen der Versammlung sowie ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit der Beobachtung von Wahlen. Abschließend hob er hervor, daß Kanada von Anfang an den KSZE-Prozeß unterstützt habe, da sein Land den Dialog als Schlüssel zur Lösung von Problemen und Konflikten ansehe.

Der kanadische Premierminister ging zu Beginn seiner Ansprache auf die im Jahre 1995 anstehenden Jahrestage, nämlich den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, den 50. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen sowie den 20. Jahrestag der Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki ein. Er unterstrich, daß internationale Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung sei, um Frieden und Wohlstand gemeinsam zu sichern. Mit dem Ende des Kalten Krieges habe eine neue Ära begonnen, die neue Möglichkeiten eröffne und eine neue Definition der internationalen Beziehungen erforderlich mache. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gebe es keine Blöcke im militärischen Sinne mehr, es bestehe aber die Gefahr, daß es zu einer neuen Ost-West-Teilung in wirtschaftlicher Hinsicht komme. Kanada setze sich daher in starkem Maße für die wirtschaftliche Integration der Länder Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in diesen Ländern ein. Ziel Kanadas sei es außerdem, eine größere Liberalisierung des Handels beiderseits des Atlantiks zu erreichen. Von großer Bedeutung sei außerdem die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit. Anschließend ging er auf den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien ein, der die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, Konflikte zu lösen, in Frage stelle. Alle Versuche, eine Lösung des Konfliktes herbeizu-

führen, seien trotz des hohen Aufwands an Energie, Zeit und finanziellen sowie personellen Mitteln gescheitert. Eine Lehre, die aus diesem scheinbar unlösbaren Konflikt zu ziehen sei, sei die Notwendigkeit einer Stärkung der internationalen Organisationen, um in Zukunft ein ähnliches Szenario wie im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern. Abschließend betonte er, daß die Parlamentarier der Versammlung einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit in der OSZE-Region von Vancouver bis Wladiwostock leisten könnten.

Der amtierende Vorsitzende der OSZE befaßte sich zu Beginn seiner Rede mit der von den OSZE-Teilnehmerstaaten im Budapester Dokument vereinbarten Ausarbeitung eines zukünftigen Sicherheitsmodells für Europa. In diesem Zusammenhang nannte er fünf Pfeiler, auf denen die zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur ruhen sollte. Zu diesen Pfeilern zählte er die bestehenden euroatlantischen und europäischen Sicherheitsstrukturen wie NATO und EU, die OSZE als einzig wirklich umfassende Sicherheitsstruktur, die Institutionalisierung des Sicherheitsdialogs und der Zusammenarbeit zwischen NATO, EU und WEU mit den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas. Als weitere Pfeiler nannte er die regionale und sub-regionale Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa, hier insbesondere die zentraleuropäische Initiative, sowie die Schaffung eines Netzwerkes bilateraler Verträge zwischen benachbarten Ländern in Mittel- und Osteuropa mit dem Ziel einer Bekräftigung der Prinzipien der OSZE. Als einem Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur komme der OSZE in zunehmendem Maße größere Bedeutung zu. Der umfassende Sicherheitsansatz der OSZE und die Tatsache, daß sie die Region zwischen Vancouver und Wladiwostock umfasse, ermögliche es dieser Organisation, auf der Grundlage gemeinsamer Grundprinzipien und Werte zu arbeiten. Die OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen seien die Grundlage für Stabilität und Sicherheit in der OSZE-Region. Im Zusammenhang mit der Normsetzung der OSZE unterstrich er die Notwendigkeit, einen umfassenden Verhaltenskodex auszuarbeiten, der auch die nicht-militärischen Aspekte der Sicherheit, insbesondere die menschliche und wirtschaftliche Dimension, berücksichtige. Darüber hinaus vertrat er die Auffassung, daß die OSZE dank ihres besonderen Charakters einen geeigneten Rahmen für den Austausch von Ideen und für Konsultationen in Sicherheitsfragen biete. Eine besondere Bedeutung komme der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, daß der erfolgreiche Beitrag der OSZE zur Lösung der Krise in Tschetschenien die Glaubwürdigkeit dieser Organisation weiter gestärkt habe. Vor dem Hintergrund des andauernden Konflikts im ehemaligen Jugoslawien unterstrich er, daß die OSZE frühzeitig und entschieden handeln müsse. Dabei hänge der Erfolg der OSZE entscheidend von der Unterstützung der Regierungen durch die nationalen Parlamente und die Parlamentarische Versammlung der OSZE ab. Eine stärkere Einbeziehung der Parlamentarischen Versammlung in die Bereiche Konfliktverhütung und Krisenmanagement sehe er

als einen wesentlichen Schritt in Richtung auf eine Steigerung der Effizienz der OSZE. Er erklärte daher seine Bereitschaft, zusammen mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gemeinsame Vorschläge für eine konkrete Zusammenarbeit zwischen der OSZE-Exekutiven und der Versammlung in diesem Bereich auszuarbeiten.

In der anschließenden kurzen Fragestunde knüpfte der Abgeordnete **Gert Weisskirchen** (Wiesloch) an den Vorschlag des amtierenden Vorsitzenden, die Parlamentarische Versammlung stärker in die Bereiche Konfliktverhütung und Krisenmanagement einzubeziehen, an. Er stellte die Frage, wie diese Zusammenarbeit beispielsweise im Fall Nagorny Karabach oder bei anderen, kurz vor einer politischen Lösung stehenden Konflikten konkret aussehen könne. Der amtierende Vorsitzende unterstrich in seiner Antwort, daß sich mit Blick auf den Friedensprozeß in Nagorny Karabach die Frage stelle, ob die OSZE-Regierungen ausreichende finanzielle und personelle Mittel für eine Peace-keeping-Mission zur Verfügung stellen würden. Da eine politische Lösung greifbar nahe sei, sei es eine wichtige Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung, in diesem Sinne Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** betonte anschließend seinen Respekt vor der Arbeit des amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Zusammenhang mit dem Konflikt in Tschetschenien und den dort begangenen Menschenrechtsverletzungen. Der amtierende Vorsitzende wies in seiner Antwort darauf hin, daß Rußland wegen der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien Rückschläge in seinen internationalen Beziehungen habe hinnehmen müssen. Der Beitrag der OSZE zur Lösung des Konflikts in Tschetschenien sei von großer Bedeutung gewesen. Mittlerweile befinde man sich in einer neuen Phase, in der eine politische Lösung der Krise möglich erscheine.

Im weiteren Verlauf der Fragestunde sprachen die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung unter anderem die Sanktionen gegenüber Serbien und Montenegro sowie die damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Nachbarstaaten an. Weitere Fragen betrafen die Mitgliedschaft der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in der OSZE, die Situation im Kosovo, die zukünftige Rolle der OSZE im ehemaligen Jugoslawien sowie die Entscheidung der französischen Regierung, ihre Atomversuche im Pazifik fortzusetzen.

IV. Ausschuß für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuß für Politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte am 5. und 6. Juli 1995 unter Vorsitz des spanischen Abgeordneten **Javier Ruperez**. Der Ausschuß befaßte sich bei seinen Beratungen eingehend mit dem vom britischen Abgeordneten **Bruce George** vorgelegten Bericht zum Thema „Der Aufbau einer umfassenden Sicherheit“. Als Gastredner im Ausschuß sprach der stellvertretende NATO-Generalsekretär **Sergio Balanzino**.

Zu Beginn seines Vortrages hob der stellvertretende NATO-Generalsekretär hervor, daß sich das Sicherheitsumfeld nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stark verändert habe. Zur Stabilisierung des neuen strategischen Umfeldes sei ein hoher Grad von multilateraler Zusammenarbeit erforderlich. Auch die NATO, die sich in den letzten Jahren stark verändert habe, setze in erster Linie auf Partnerschaft und Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang ging er ausführlich auf die NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ ein. Das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ biete den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes die Möglichkeit, enge Beziehungen mit der Nordatlantischen Allianz zu knüpfen. Das Programm diene nicht allein der militärischen und technischen Zusammenarbeit, sondern auch der Verbesserung der Beziehungen der Staaten und ihrer jeweiligen Streitkräfte untereinander. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Programms liege darin, die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes bei der Schaffung eines Systems demokratischer Kontrolle des Militärs zu unterstützen. Die Bedeutung der „Partnerschaft für den Frieden“ liege im übrigen darin, daß sie entscheidend zu einer Umwandlung der Sicherheitsbeziehungen beitragen werde. Anschließend ging er auf die mögliche Erweiterung der NATO und der Europäischen Union ein. Die NATO sei derzeit dabei, eine Studie zu erarbeiten, in der die Bedingungen für den Beitritt festgelegt würden. Den Beitritt neuer Länder in die NATO sehe er dabei nicht als ein Ziel an sich, sondern als einen Beitrag zur Erweiterung der bestehenden Sicherheitsarchitektur. Eine mögliche NATO-Erweiterung sei aber auch in einem größeren Sicherheitskontext zu sehen. Da Beziehungen zwischen Rußland und den NATO-Mitgliedstaaten ein Schlüsselement für die Sicherheit Europas seien, müsse die NATO bei einer möglichen Erweiterung auch die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands berücksichtigen. Abschließend befaßte er sich mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien und insbesondere mit den aktuellen Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina. In Bosnien stehe die Glaubwürdigkeit der internationalen Organisationen und der von ihnen vertretenen Prinzipien, wie beispielsweise der Unverletzlichkeit der Grenzen, auf dem Spiel. Im Bosnien-Konflikt werde zugleich das Konzept der kooperativen Sicherheit in Frage gestellt. Angesichts der Vielzahl von Konflikten und kriegesischen Auseinandersetzungen ging er auf die Notwendigkeit ein, im Rahmen der internationalen Organisationen Früherkennung, präventive Diplomatie und Konfliktverhütung weiter zu stärken. Zum Abschluß seines Vortrages befaßte er sich kurz mit der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der OSZE, die nach seiner Auffassung die Grundlage eines echten Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert sein könnte.

In der anschließenden kurzen Fragestunde ging der Abgeordnete **Walter Kolbow** auf die vom stellvertretenden NATO-Generalsekretär angesprochene Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen NATO und OSZE ein. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen beispielsweise konkret regelmäßige Treffen der Gene-

ralsekretäre oder die Durchführung gemeinsamer Missionen beinhalten könne. In seiner Antwort wies der stellvertretende NATO-Generalsekretär darauf hin, daß es bereits jetzt gelegentliche Treffen der Generalsekretäre beider Organisationen gebe. Darüber hinaus sei der Generalsekretär der OSZE ein wichtiger Akteur im Rahmen der NATO-Seminare zum Krisenmanagement. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit könne er sich beispielsweise eine Intensivierung der Kontakte im Bereich Peace-keeping sowie gemeinsame Treffen der Parlamentarier der Nordatlantischen Versammlung und der OSZE-Versammlung vorstellen. Der Generalsekretär der OSZE ergänzte, daß es sich bei der Verbesserung der Zusammenarbeit beider Organisationen nicht allein um eine technische, sondern auch um eine politische Frage handele. Die weiteren Fragen an den stellvertretenden NATO-Generalsekretär konzentrierten sich auf eine mögliche NATO-Erweiterung. In seiner Antwort zu diesem Themenkomplex unterstrich der stellvertretende NATO-Generalsekretär, daß in der NATO eine interne Debatte über das Ob und das Wie einer Erweiterung geführt werde. Dabei gehe es vor allem um die Frage, was von einer Erweiterung zu erwarten sei und welche Auswirkungen sie auf die NATO und die neuen Mitglieder habe. Über die Frage, welche Länder Mittel- und Osteuropas für einen NATO-Beitritt in Frage kämen und zu welchem Zeitpunkt ein solcher Beitritt möglich sei, werde erst in einer zweiten Phase diskutiert.

Im Anschluß an den Vortrag des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs faßte der Berichterstatter des Ausschusses, der britische Abgeordnete **Bruce George**, die wesentlichen Punkte seines Berichtsentwurfs zum Aufbau einer umfassenden Sicherheit zusammen. Einleitend ging er auf die Sicherheitsarchitektur in Europa ein, die nur auf unvollständige Weise schärfere Konturen annehme. Die NATO habe ihren zukünftigen Weg vorgezeichnet, indem sie die Entscheidungen der Vereinten Nationen und die friedenserhaltenden Aktivitäten der OSZE außerhalb des NATO-Vertragsgebietes unterstütze sowie den Ländern Mittel- und Osteuropas mit der NATO-Erweiterung eine Perspektive biete. Die negative Haltung Rußlands zur Erweiterung der NATO sowie die allgemeine Unzufriedenheit im Bündnis angesichts der Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien werfe dabei allerdings schwierigere Fragen auf. Die Europäische Union strebe ihrerseits eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie letztlich auch eine gemeinsame Verteidigung an. Problematisch seien in diesem Zusammenhang die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU über die konkrete Ausgestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die zukünftige Rolle der Westeuropäischen Union und die sicherheitspolitischen Vorstellungen der neuen EU-Mitgliedstaaten. Anschließend ging der Berichterstatter kurz auf das von den Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten im Dezember 1994 anläßlich ihres Budapester Gipfeltreffens verabschiedete Dokument ein. Er begrüßte es ausdrücklich, daß die Teilnehmerstaaten die KSZE/OSZE in Budapest zu einem vorrangigen Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung erklärt hätten. Zu-

gleich unterstrich er, daß das Budapester Gipfeltreffen den Weg für die erste friedenserhaltende Mission der OSZE, die in Nagorny Karabach vorgesehen sei, geebnet habe. Des weiteren ging er auf die Budapester Initiative der OSZE ein, ein Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert auszuarbeiten. Mit Blick auf die Ergebnisse des Budapester Gipfeltreffens bedauerte er, daß der Vorschlag der Parlamentarischen Versammlung, vom Konsensverfahren abzugehen, von der Exekutive nicht aufgenommen worden sei. Abschließend ging er auf die Entwicklungen im Tschetschenien-Konflikt ein und hob dabei besonders die aktive Rolle des amtierenden Vorsitzenden der OSZE bei den Bemühungen um eine Lösung des Konflikts hervor.

In der anschließenden Diskussion zum Berichtsentwurf bestand bei den Ausschußmitgliedern Einvernehmen darin, daß sich der Sicherheitsbegriff nicht mehr nur allein auf militärische Aspekte beschränke, sondern vielmehr auch eine politische, wirtschaftliche und soziale Dimension habe. Im Zusammenhang mit der geplanten Peace-keeping-Mission der OSZE in Nagorny Karabach wurde im Ausschuß darauf hingewiesen, daß es sich dabei um eine neue Herausforderung und einen echten Testfall für die OSZE handele. In der gegenwärtigen Situation, in der berechtigte Hoffnung auf eine politische Lösung des Konflikts in Nagorny Karabach bestehe, komme dieser geplanten Mission der OSZE eine besondere Bedeutung zu. Der Vertreter Aserbaidschans nutzte die Gelegenheit, die Ausschußmitglieder über die aktuelle Situation in Aserbaidschan zu unterrichten und dabei insbesondere auf das Flüchtlingsproblem hinzuweisen. Anschließend machte der Vertreter Georgiens darauf aufmerksam, daß über Tschetschenien und Nagorny Karabach Abchasien nicht vergessen werden dürfe. In diesem Zusammenhang betonte er, daß die Konflikte und Auseinandersetzungen im Kaukasus nicht nur eine Bedrohung für die Region, sondern den gesamten Kontinent darstellten. Der usbekische Parlamentspräsident **Erkin Khalilow** unterstrich in seinem Diskussionsbeitrag die herausragende politische Rolle, die die OSZE bei der Umgestaltung Europas nach dem Ende des Kalten Krieges spiele. Zugleich sprach er die Hoffnung aus, daß es der OSZE mit ihren Fähigkeiten zur Frühwarnung und präventiven Diplomatie gelingen werde, einen entscheidenden Beitrag zur Verhütung regionaler und internationaler Konflikte zu leisten. Der Vertreter aus der Ukraine hob ebenfalls die besondere Bedeutung und Verantwortung der OSZE bei der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in der OSZE-Region hervor. Von kanadischer Seite wurde im Verlauf der Diskussion Besorgnis darüber geäußert, daß die Öffentlichkeitsarbeit der OSZE nicht über ausreichende personelle und finanzielle Mittel verfüge, um alle Aspekte der Arbeit der OSZE einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vertreter Maltas griff in seinem Redebeitrag die Frage auf, ob sich die OSZE in Zukunft nicht in verstärktem Maße mit den verschiedenen Aspekten der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum befassen sollte. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in dieser Region seien vertrauensbildende Maßnahmen im Mittelmeerraum von besonderer Bedeutung.

Der Vertreter Griechenlands beklagte in seinem Diskussionsbeitrag, daß das Verhalten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Zusammenhang mit der angestrebten Vollmitgliedschaft in der OSZE nicht im Einklang mit den OSZE-Prinzipien stehe. Griechenland sei in dieser Frage zu Gesprächen unter Vermittlung der Vereinten Nationen bereit und bedaure es deshalb, daß es eine solche Gesprächsbereitschaft von mazedonischer Seite nicht gebe. Der Vertreter Mazedoniens antwortete darauf, daß sein Land an gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Griechenland interessiert sei. Zugleich betonte er, daß die Haltung Griechenlands zum angestrebten Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ohne Beispiel sei. Angesichts der Bemühungen seines Landes um Aufnahme als Vollmitglied in die OSZE zeigte er sich enttäuscht darüber, daß es keine Fortschritte gebe. Im Namen der skandinavischen Delegationen sprach der norwegische Abgeordnete **Erik Solheim** die Entscheidung der französischen Regierung an, die Atomversuche im Pazifik wieder aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der nuklearen Abrüstung in Europa habe diese Entscheidung negative Auswirkungen auf die übrigen Atommächte und deren Bereitschaft zu weiterer nuklearer Abrüstung und zum Verzicht auf Atomversuche. Angesichts der weitreichenden negativen Konsequenzen, die die französische Entscheidung mit sich bringe, werde von den skandinavischen Ländern ein Antrag eingebracht, in dem die Wiederaufnahme der französischen Atomversuche verurteilt werde.

Als letzter Redner ergriff am Ende der Debatte der Abgeordnete **Karsten D. Voigt** in seiner Eigenschaft als Präsident der Nordatlantischen Versammlung das Wort. Er betonte, daß sich im Verlauf der Debatte gezeigt habe, daß Europa sich verändert habe, daß es sich dabei aber nicht um eine Veränderung zum Besseren handele. Nach dem Ende des Kalten Krieges seien viele neue, vor allem regionale, Konflikte entstanden. Angesichts der neu gearteten Konflikte müßten sich die westlichen Institutionen ändern. Es sei von großer Bedeutung, daß sich die westlichen Institutionen den Ländern Mittel- und Osteuropas gegenüber öffneten. Diese Öffnung sei dem Europarat bislang am besten gelungen, im Rahmen der EU und der NATO sei es weitaus schwieriger, eine derartige Öffnung zu erreichen. Abschließend sprach er sich für eine weitere Stärkung der OSZE und ihrer Parlamentarischen Versammlung aus.

Im Anschluß an die Debatte befaßten sich die Ausschußmitglieder mit den Änderungsanträgen zum Entschließungsentwurf des Berichterstatters. Der auf Initiative des Abgeordneten **Gert Weisskirchen** (Wiesloch) eingebrachte Änderungsantrag zu Nagorny Karabach sowie der von den skandinavischen Delegationen vorgelegte Antrag zur Wiederaufnahme der französischen Atomversuche wurden in unveränderter Fassung angenommen. Der von den Ausschußmitgliedern verabschiedete Entschließungstext, der verglichen mit dem Entwurf des Berichterstatters zahlreiche Ergänzungen und Änderungen erfahren hat, hat als Kapitel I Eingang in die Erklärung von Ottawa gefunden (siehe Anhang S. 15).

Am Ende der Sitzung bestätigten die Mitglieder des Ausschusses den Vorsitzenden und den Berichterstatter für ein weiteres Jahr in ihren Ämtern. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde der finnische Abgeordnete **Pertti Paasio** gewählt.

V. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Sitzungen des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt fanden am 5. und 6. Juli 1995 unter Vorsitz der Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, statt.

Die **Vorsitzende** führte eingangs aus, daß die Parlamentarische Versammlung mit ihrer Tagung in Ottawa auch durch die Wahl ihrer Konferenzorte deutlich mache, daß sie es ernst meint mit dem viel zitierten Sicherheitsraum zwischen Vancouver und Wladiwostok. Unter Hinweis auf den kurz zuvor in Halifax durchgeführten Weltwirtschaftsgipfel hob die Vorsitzende die große Verantwortung hervor, welche Kanada für eine friedliche und gedeihliche Zusammenarbeit in der Welt übernehme.

Zur Umsetzung der Ergebnisse der Wiener Erklärung wies die **Vorsitzende** darauf hin, daß die Parlamentarische Versammlung beim 3. Wirtschaftsforum der OSZE vom 7. bis 9. Juni 1995 in Prag durch einen deutschen Abgeordneten, Hans Raidel, vertreten war. Eine der zentralen Fragen des Wirtschaftsforums sei die Zukunft der wirtschaftlichen Dimension der OSZE gewesen. Die Teilnehmer des OSZE-Wirtschaftsforums seien sich einig gewesen, daß ein wesentliches Element für die Diskussionen über ein Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert die wirtschaftliche Dimension ist.

Die **Vorsitzende** wies darauf hin, daß auch die Staats- und Regierungschefs der OSZE sich für eine Stärkung der wirtschaftlichen Dimension eingesetzt hätten. In ihrer Budapester Gipfelerklärung hätten sie den amtierenden Vorsitzenden darum gebeten zu erkunden, „wie Fragen der wirtschaftlichen Dimension in die von der KSZE zu bewältigenden Aufgaben einbezogen werden können“, und ihn aufgefordert, bis zum nächsten Gipfeltreffen in Lissabon einen Tätigkeitsbericht dazu vorzulegen. Sie sehe darin das ernsthafte Bemühen, die wirtschaftliche Dimension für den OSZE-Prozeß stärker nutzbar zu machen.

Die **Vorsitzende** unterstrich, daß die Stärkung der wirtschaftlichen Dimension der OSZE von zentraler Bedeutung sei, da Sicherheit nicht nur aus militärischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicherheit bestehe. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region sei die Unterstützung des wirtschaftlichen Reformprozesses mit dem Ziel der Schaffung sozialer und umweltverträglicher Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion. Bei der Unterstützung der Reformstaaten gehe es nicht allein um finanzielle Hilfe, es gelte vielmehr, auch Verständnis für westliche Wirtschaftsbegriffe zu wecken.

Ganz zentral erscheine dabei die Vermittlung des Grundsatzes, daß Marktwirtschaft nicht nur Markt, sondern auch das Vorhandensein eines funktionierenden Rechtssystems und einer verlässlichen zivilen Gerichtsbarkeit bedeute.

Solle die parlamentarische Dimension der OSZE gestärkt werden, so müsse, so die **Vorsitzende** weiter, auch von parlamentarischer Seite ein Beitrag dazu geleistet werden. Sie habe deshalb im Januar 1995 in der Sitzung des Ständigen Ausschusses in Wien den Vorschlag unterbreitet, auf parlamentarischer Seite über die Ausarbeitung einer **OSZE-Wirtschaftscharta** zu diskutieren. Zusammen mit Senator Kelly habe sie dazu ein Papier vorbereitet, welches den weiteren Beratungen des Ausschusses zugrunde gelegt werden könne.

Senator **William Kelly** stellte seinen Bericht über „Das Voranschreiten des wirtschaftlichen Wandels in den Ländern Osteuropas und in der früheren Sowjetunion“ vor.

Ausgehend von dem äußerst unterschiedlichen Entwicklungsstand in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion, den unterschiedlichen Fortschritten bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und den institutionellen Reformen und einer tendenziellen Vernachlässigung der Bedeutung der Modernisierung der postkommunistischen Volkswirtschaften kommt der Berichterstatter zu dem Ergebnis, daß die Umwandlung der aus der kommunistischen Vergangenheit ererbten Planwirtschaften in produktive, moderne Marktwirtschaften ein langatmiger, schwieriger und ungewisser Prozeß sei.

Der anhaltende und zeitweise rasante Verfall der Produktion während des fünfjährigen Zeitraums seit dem Zusammenbruch des Kommunismus, der in bestimmten Branchen mehr als 50 Prozent erreichte, halte nach wie vor an und sei ein zusätzliches die jungen Staaten belastendes Problem. Dies bedeute eine Bedrohung der langfristigen Aussichten auf das Wirtschaftswachstum und führe zu einem immer höheren Anteil der arbeitsintensiven und kaum wertschöpfenden Bereiche an der Gesamtproduktion.

Die Entwicklungen sind in den verschiedenen Ländern nach den Beobachtungen des Berichterstatters alles andere als gleichmäßig verlaufen.

Sei Ungarn das einzige Land der gesamten Region, in dem die Industrieproduktion nicht unter den Stand von 1980 abgesunken ist, so gebe die Lage in den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten im Vergleich hierzu zu weitaus größeren Sorgen Anlaß. Die aus der Vergangenheit geerbten Strukturen und Muster und insbesondere der Mißerfolg des kommunistischen Systems im Hinblick auf die Schaffung starker Binnenmärkte prägten und beeinträchtigten nach wie vor das gesamte wirtschaftliche Leben. Die Politik des Interventionismus sei nach wie vor die Regel, was zu bürokratischen und willkürlichen Entscheidungsprozessen führe und die Entwicklung echter Marktwirtschaften verhindere. Durch diese Rahmenbedingungen werde jede ausländische Investitionstätigkeit erschwert, ja unmöglich gemacht,

wodurch es auch am nötigen Zugang zu Kapital, neuen Technologien und besseren Praktiken im Hinblick auf Produktion, Management und Marketing fehle.

Als Ergebnis der nach wie vor in praktisch allen Ländern der Region herrschenden, erheblichen Inflation und der gleichzeitig bestehenden realen bzw. verborgenen Arbeitslosigkeit seien die Realeinkommen und das Sparaufkommen in der Bevölkerung spektakulär gesunken. Aufgrund einer hoffnungslosen Wohnungsknappheit und der unterentwickelten Arbeitsmärkte leide die gesamte Region darüber hinaus unter einer erheblich eingeschränkten sozialen und wirtschaftlichen Mobilität. Gerade dieses, die Sicherung einer vertikalen, sozialen und wirtschaftlichen Mobilität, sei jedoch eine unerläßliche Voraussetzung dafür, die im Entstehen begriffenen demokratischen Institutionen und die Marktwirtschaft fest im jeweiligen Lande zu verwurzeln.

Vor dem Hintergrund dieser Bestandsaufnahme widmete sich der Berichterstatter anschließend dreier Spezialprobleme, nämlich der Privatisierung als Schlüsselkomponente im Reformprozeß, dem Problem der Verschuldung in der Privatwirtschaft sowie dem Handel unter den postkommunistischen Staaten.

Durch ihre Fähigkeit, sowohl eine Basis für die freie Marktwirtschaft als auch für eine funktionierende Demokratie und bürgerliche Gesellschaft zu schaffen, sei die Privatisierung der Wirtschaft im Rahmen der Reformpolitik von besonderer Bedeutung.

Die einzelnen Reformländer haben auf dem Weg zur Privatisierung ihrer Wirtschaft unterschiedliche Erfolge erzielt. Ein wichtiger Wesenszug des Privatisierungsprozesses in sämtlichen Ländern der Region liege jedoch in einer gewissen Verzerrung zugunsten von „Insidern“, insbesondere mächtiger Gruppen und Lobbyisten in der Bürokratie und in der Industrie. Auf diese Art und Weise seien die Manager der alten Nomenklatura oft als Gewinner aus diesem Prozeß hervorgegangen, welcher ein oftmals als „Kapitalismus der Nomenklatura“ bezeichnetes Phänomen entstehen ließ.

Der in den Reformstaaten ohnehin bestehende akute Kapitalmangel wurde durch das rasche Anschwellen der zwischen den Unternehmen der Marktwirtschaft bestehenden Verschuldung noch vergrößert. Die Kreditwirtschaft, die staatlich geleiteten Unternehmen und die Regierungen seien heutzutage regelrecht Geißeln einer durch kranke Industrie- und Gewerbeunternehmen angehäuften Schuldensumme. Hinzu kämen noch die Schulden aus der kommunistischen Vergangenheit, der Zusammenbruch der Nachfrage nach Produkten dieser Unternehmen und der wachsende Anteil an Forderungen zwischen den Unternehmen.

Diese Schulden und die damit verknüpften Zinsbelastungen schränken zum einen auch die für Investitionen bereitstehenden Mittel erheblich ein. Zum anderen trage diese Situation auch dazu bei, daß die Praxis des Nichtbezahleins von Löhnen, ins-

besondere in den Ländern der GUS, weiter um sich greife.

Die Verschuldung zwischen den Unternehmen in Rußland habe inzwischen auch auf andere GUS-Staaten übergreifen und dabei zu potentiellen Spannungen zwischen den Staaten der früheren Sowjetunion und zur Behinderung des Handels unter ihnen geführt.

Aber auch in vielen Staaten in Mittel- und Osteuropa sei die Verschuldung zwischen den Unternehmen ein ernsthaftes Problem, welches längerfristig die in diesen Ländern bereits erreichten Fortschritte gefährde.

Schwierig sei die Lösung der aus der Verschuldung resultierenden Probleme, weil jeder ernsthafte Versuch einer Lösung die Gefahr einer Destabilisierung der Wirtschaft und der politischen Strukturen selbst in sich berge.

Eine wirksame Lösung der Schuldenproblematik sei nur im Zusammenhang mit einer langfristig angelegten Industriepolitik möglich, bei der es um die Modernisierung dieser Volkswirtschaften gehe. Hierzu gehöre auch ein Programm für die Ausbildung der Mitarbeiter zur Steigerung ihrer Produktivität.

Der Rückgang des Handels unter den postkommunistischen Staaten sei ein weiterer Grund dafür, daß die wirtschaftliche Lage dieser Länder noch schwieriger geworden sei. Eine Währungsunion der GUS, die eine Ausweitung des wechselseitigen Handels fördern würde, scheine aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität, der nicht beherrschten Inflation und der sehr unterschiedlichen Entwicklungsmuster ein unerreichtes Ziel zu sein.

Abschließend ging der Berichterstatter auf die Frage der Konditionalität, d. h. die Frage der Bedingtheit der westlichen Finanzhilfe, ein. Es handele sich dabei allgemein um eine Reihe von länderspezifischen, wirtschaftlichen Zielen, welche durch die internationalen Finanzinstitutionen und insbesondere den IWF als Bedingungen für die Bereitstellung einer Finanzhilfe vorgegeben werden.

Das Problem der Konditionalität bestehe darin, daß sie sich auch als zweischneidiges Schwert erweisen könne. Obwohl sie mitunter die Entschlossenheit einer Regierung zur Beibehaltung einer wirtschaftlich strengen Kontrolle festigen könne, könne sie in gewissem Ausmaß andererseits jedoch auch als kontraproduktiv empfunden werden.

Angesichts der unrealistischen Erwartungen und der auf beiden Seiten verstärkt vorherrschenden Einsicht, daß der Reformprozeß zwangsläufig ein lang anhaltender Prozeß sein werde, habe sich die Bereitschaft und die Fähigkeit der Führungen in diesen Ländern erheblich verringert, die Konditionalität zu akzeptieren.

Die OSZE sollte nach Meinung des Berichtstatters einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie Wege aufzeigt, auf denen Regierungen und Völker der Region die Erfahrungen ihrer Nachbarn diskutieren und von ihnen profitieren könnten. Wichtig sei die Erkenntnis, daß wirtschaftliches Wachstum für die politische Legitimität der neuen Regime im Osten und die Trag-

fähigkeit des Wandlungsprozesses von entscheidender Bedeutung sei. Scheiterten diese Regierungen, so könnten die Konsequenzen sowohl wirtschaftlich als auch politisch schwerwiegender Natur sein.

Auf Anregung der **Vorsitzenden** fand im Anschluß an den Vortrag von Senator Kelly eine Podiumsdiskussion mit Ausschußmitgliedern aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion statt. Es war das erste Mal, daß im Wirtschaftsausschuß sowie in der Parlamentarischen Versammlung überhaupt eine derartige Podiumsdiskussion durchgeführt wurde, die es ermöglichte, nicht nur über die Länder Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu reden, sondern mit ihnen.

An der Podiumsdiskussion nahmen teil die Abgeordneten **Oleg Bogomolov** (Russische Föderation), **Dr. Tomáš Jezek** (Tschechische Republik) und **Zurab Andriadze** (Georgien).

Alle drei Podiumsteilnehmer machten deutlich, wie unterschiedlich die Ausgangsbedingungen des Reformprozesses in diesen Ländern waren und wie unterschiedlich deswegen auch der bisher erreichte Stand der Modernisierung der Volkswirtschaften dieser Länder ist.

Aus den drei Vorträgen wurde deutlich, daß es keine Patentrezepte für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gibt.

Dr. Tomáš Jezek konnte auf das in der früheren Tschechoslowakei propagierte System mit Gutscheinen bzw. Berechtigungsscheinen verweisen, welches zweifelsohne das populärste Instrument zur Privatisierung ist, da es einen raschen Transfer von Eigentumsrechten auf breitester Basis ermöglicht. **Zurab Andriadze** machte auf die Schwierigkeiten in seinem Land im Hinblick auf eine echte Marktreform aufmerksam, die zum Teil aus lokalen Konflikten bzw. aus einem ererbten konservativen Gefüge resultierten. Deutlich wurde, daß die wirtschaftliche Unterentwicklung auch in der Verwundbarkeit der demokratischen Kräfte des Landes zum Ausdruck kommt. **Oleg Bogomolov** verwies auf die Bemühungen seines Landes, die Marktwirtschaft voranzutreiben, insbesondere auf dem Gebiet der Bodenreform und der Privatisierung, ohne allerdings die Probleme und Schwierigkeiten (Auftauchen einer „Mafiokratie“) zu verschweigen.

Die an den Bericht von Senator Kelly und die Kurzreferate der drei Podiumsteilnehmer sich anschließende Diskussion drehte sich vor allem um die Probleme der Privatisierung, der Bodenreform sowie der Unterstützung durch die westlichen Länder. Dabei wurde einmal mehr deutlich, daß der Westen zwar in der Tat Hilfe zur Verfügung stellt, die in gewissem Umfang auch koordiniert wird, deren Koordination jedoch allen Teilnehmern als verbesserungsbedürftig erschien, worauf insbesondere der Abgeordnete **Kurt J. Rossmann** hinwies.

Die **Vorsitzende** wies darauf hin, daß der Aufbau der Marktwirtschaft in den Reformländern Mittel- und Osteuropas und den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion sowohl sozial als auch ökologisch verträglich gestaltet werden müsse. Auch die

Hilfeleistungen westlicher Länder und internationaler Organisationen müsse dem zunehmend Rechnung tragen.

Der Abgeordnete **Dr. Christoph Zöpel** machte den engen Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft und ihren sozialen Verpflichtungen deutlich und forderte insbesondere eine stärkere Einbeziehung ökologischer Aspekte.

Die mit zahlreichen, auch von der deutschen Delegation eingebrachten, Änderungen versehene Ausschuß-Resolution hat als Kapitel II Eingang in das Schlußdokument gefunden (s. Anhang S. 19).

Am Ende der Ausschußsitzungen wurde **Oleg Bogomolov** (Russische Föderation) zum Vorsitzenden und **Jacques Floch** (Frankreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Senator **William Kelly** (Kanada) wurde als Berichterstatter bestätigt.

Der Ausschuß dankte der **Vorsitzenden** für ihre während ihrer Zeit als Berichterstatterin und Vorsitzende im Wirtschaftsausschuß geleistete Arbeit. Sie habe vorbildlich zur Umsetzung der Beschlüsse des Ausschusses beigetragen und habe wegweisende Initiativen im Ausschuß ergriffen. Sie solle deswegen auch als Spezialberichterstatterin zu der von ihr ergriffenen Initiative einer „OSZE-Wirtschaftscharta“ fungieren.

VI. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen tagte am 5. und 6. Juli 1995 unter Vorsitz des amerikanischen Abgeordneten **Steny Hoyer**. Der Ausschuß befaßte sich bei seinen Beratungen eingehend mit dem Bericht und dem dazugehörigen Entschließungsentwurf der polnischen Abgeordneten **Dorota Simonides** zu dem Thema „Integration der nationalen Minderheiten in die bürgerliche Gesellschaft: Maßnahmen und Mittel“ sowie dem Türkei-Bericht des Abgeordneten **Willy Wimmer**. Als Gastredner sprach im Ausschuß der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, **Max van der Stoep**.

Der Hohe Kommissar leitete seine Ausführungen ein mit dem Hinweis auf die enormen Veränderungen, die sich seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 vollzogen haben. Die Unterzeichnung dieser Schlußakte habe einen Akt der Hoffnung für das geteilte Europa dargestellt, und zu jener Zeit habe sich niemand vorstellen können, daß er heute vor Parlamentariern aus Ländern zwischen Vancouver und Wladiwostok sprechen würde. Freiheit und Demokratie, die nun nicht länger auf bestimmte Staaten beschränkt seien, müßten jedoch täglich neu erkämpft werden.

In bezug auf die Minderheitenfrage erläuterte der Hohe Kommissar, daß angesichts der Ereignisse u. a. in Nagorny Karabach, im ehemaligen Jugoslawien und in Georgien deutlich werde, daß Probleme im Bereich der Minderheiten sich sowohl auf die innenpolitische Lage wie auch auf zwischenstaatliche Be-

ziehungen einzelner Staaten auswirken würden. Die OSZE habe in diesem Bereich Lösungsansätze zu bieten, da Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Erreichung eines dauerhaften Friedens im Mittelpunkt ihrer Arbeit stünden. Diesbezügliche Erfolge könnten nur mit Hilfe des Engagements aller Staaten erzielt werden. Das Mandat des Hohen Kommissars für Minderheiten umfasse einen Beitrag zum Abbau von Spannungen bei Minderheitenfragen sowie die Aufgabe, die OSZE im Falle von Konflikten zu warnen, die der Hohe Kommissar mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht lösen könne. Konkret sei er im Gebiet der OSZE in Estland, Lettland, der Slowakischen Republik, in Ungarn, Rumänien, Mazedonien, Albanien, der Ukraine, in Kirgistan und bei Fragen der im Gebiet der OSZE lebenden Roma tätig geworden. Die sich auf Vertraulichkeit, Zusammenarbeit und die Vermittlertätigkeit stützende Arbeit umfasse Gespräche mit Regierungen, mit Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) und mit Vertretern der Minderheiten. Der Hohe Kommissar könne dabei unabhängig, jedoch nicht ohne die Unterstützung der betroffenen Staaten arbeiten. Ausgeschlossen sei eine Zusammenarbeit mit Minderheiten, die terroristische Handlungen begehen oder solche unterstützen. Abschließend bemerkte der Hohe Kommissar, daß die Lösung von Minderheitenproblemen grundsätzlich im Interesse der betroffenen Staaten stehe, da durch die Lösung dieser Probleme gegenseitige Solidarität gewährleistet werde. Eine Lösung sei oftmals auf nationaler Ebene durch entsprechende Gesetzgebung zu erreichen und stütze sich auf die erforderliche Erkenntnis der betroffenen Parteien, daß ein Staat nicht homogen sein müsse. Konfliktverhütung sei grundsätzlich nur möglich, wenn auch der Minderheitenfrage Aufmerksamkeit zukomme. Es sei Aufgabe der OSZE, beratend tätig zu sein, Empfehlungen auszusprechen und die notwendige materielle Unterstützung zu organisieren, sollte der betroffene Staat zur Bereitstellung derartiger Mittel nicht in der Lage sein. Weiterhin müsse die OSZE die Kräfte unterstützen, die sich für einen Dialog und die Bekämpfung von Extremismus einsetzen. Eine Vermeidung von Konflikten sei möglich, wenn sowohl Minderheiten als auch Mehrheiten die Menschenrechte und die Interessen der anderen Partei achten würden.

In der anschließenden Diskussion bat der britische Abgeordnete **Tom Cox** den Hohen Kommissar um eine Stellungnahme bezüglich der allgemeinen Menschenrechtslage in der Türkei, die zur Beantwortung an den Abgeordneten Willy Wimmer überwiesen wurde. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** erläuterte, die Delegation, die in die Türkei reiste, habe sich umgehend für die Freilassung der inhaftierten Parlamentarier eingesetzt. Konkrete Ergebnisse diesbezüglich seien zur Zeit noch nicht zu verzeichnen. Die von der Delegation in der Türkei geführten Gespräche seien in bezug darauf, vom Obersten Gerichtshof der Türkei eine schnelle Entscheidung zu erzwingen, sowie im Hinblick auf die in der Türkei angestrebten Verfassungsänderungen sehr wirkungsvoll gewesen.

Der Abgeordnete **Freimut Duve** fragte den Hohen Kommissar, ob er es für möglich halte, einen Auftrag

der OSZE zu formulieren, anhand dessen geprüft werden könnte, inwieweit Haß und Antagonismus künstlich geschürt würden, da es auch Minderheiten gebe, die künstlich geschaffen worden seien. Der Hohe Kommissar unterstrich die Bedeutung dieses von dem Abgeordneten Freimut Duve angesprochenen Aspektes und der Tatsache, daß das friedliche Zusammenleben von Minderheiten durch kleine extremistische Gruppen gestört werden könne. Die Umsetzung der in der Budapester Erklärung diesbezüglich festgelegten Mechanismen sei schwierig und müsse umgehend zu Beginn eines Konfliktes einsetzen, z. B. durch die Unterstützung der Presse- und Informationsfreiheit.

Auf die Frage eines kanadischen Abgeordneten nach Kontakten der Türkei-Delegation mit kurdischen Führern erläuterte der Abgeordnete **Willy Wimmer**, daß nicht alle von Mitgliedern der Delegation geführten Gespräche in dem Bericht aufgelistet seien. Es habe jedoch zusätzlich zu den angegebenen Kontakten weitere Gespräche mit Bürgerrechtlern gegeben, die die kurdischen Interessen deutlich unterstützen würden. Der Abgeordnete **Gert Weisskirchen** (Wiesloch) unterstrich die wichtige Rolle der Ombudsmänner und regte deren Einsetzung in allen OSZE-Teilnehmerstaaten an. Der Hohe Kommissar griff diese Anregung auf und schlug vor, vergleichende Studien zu Ombudsmännern in verschiedenen Staaten durchzuführen.

Im Verlauf der Debatte wurde weiterhin die Definition des Begriffes Minderheiten angesprochen sowie die Anwendung kollektiver Rechte für Minderheiten. Der Hohe Kommissar erklärte dazu, daß bis jetzt noch keine Definition für den Begriff „Minderheit“ gefunden worden sei, dem alle Staaten des Europarates zustimmen würden. In bezug auf kollektive Rechte für Minderheiten vertrat er die Ansicht, daß eine Trennung zwischen individuellen und kollektiven Rechten wenig sinnvoll sei, da es in diesem Bereich oft zu Überschneidungen komme. Es wurde ebenfalls hervorgehoben, daß der Schutz von Minderheiten immer auf eine gleichberechtigte und nicht auf eine privilegierte Stellung der Minderheiten hinauslaufen müsse. In bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erklärte der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, daß er regelmäßige Kontakte sowohl zu dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge als auch zum Europarat unterhalte. Auf die abschließende Frage, ob er sich bei Gesprächen mit Regierungen für die Unterzeichnung der Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten aussprechen werde, erklärte der Hohe Kommissar, daß er die Unterzeichnung durch die Regierungen befürworte.

Im Anschluß an die Diskussion stellte die polnische Abgeordnete **Dorota Simonides** ihren Bericht vor. Zu Beginn hob sie hervor, daß es im Bereich der Behandlung von Minderheiten zwei Hauptrichtungen gebe: die Integration und die Assimilation. Integration bedeute in diesem Zusammenhang, daß die Minderheit sowohl gesonderte Minderheitenrechte als auch die jedem Bürger zustehenden Rechte erhalte. Die Assimilierung einer Minderheit laufe dagegen darauf

hinaus, daß die Minderheit ihre Identität nicht wahren könne. Mangels einer einheitlichen Definition des Begriffes „Minderheit“ verwies die Berichtstersterin auf die dem Bericht zugrundeliegenden unterschiedlichen Definitionen. Grundlage für die Integration von Minderheiten sei die interethnische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abschaffung von Ungerechtigkeiten. Dies könne auf dem Wege der Gesetzgebung verwirklicht werden. Die Berichtstersterin hob die positiven Aspekte einer Beteiligung von Minderheiten an Kommunal- und Parlamentswahlen hervor. Dies würde dazu führen, daß Minderheiten in den Entscheidungsprozeß einbezogen und folglich Entscheidungen auch mittragen würden. Personen, die keiner Minderheit angehörten, würden ebenfalls stärker für die Belange von Minderheiten sensibilisiert, wenn diese Belange auf Parlamentsebene vorgebracht werden könnten. Positiv sei ebenfalls die Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungs-Organisationen zu bewerten. Als vorbeugende Maßnahme in bezug auf die Abwendung von Minderheitenproblemen hob die Berichtstersterin insbesondere den Aspekt der Bildung hervor. Eine gesetzlich untermauerte kulturelle Vielfalt könne nur umgesetzt werden, wenn sie sich im Bereich der Bildung niederschlagen würde. Dabei sollte vor allem Wert auf Schulen mit zweisprachigem Lehrangebot gelegt werden, was eine gezielte Ausbildung der Lehrer erforderlich mache. Auch Schülern, die keiner Minderheit angehören, sollte im Hinblick auf den kulturellen Austausch der Zugang zu diesen Schulen ermöglicht werden. Viele Staaten verfügten zudem über Stellen und Institutionen, die sich ausschließlich mit Minderheitenfragen befaßten. Durch den unmittelbaren Kontakt hätten diese Institutionen im Falle eventueller Konflikte ebenfalls die Funktion eines Frühwarnsystems. Grundlage für die Verhütung von Konflikten im Bereich der Minderheiten sei die Aufnahme von OSZE-Standards in die nationale Gesetzgebung. Die Wirksamkeit dieser Standards hänge jedoch von der aktiven Politik der betroffenen Staaten ab. In den mittel- und osteuropäischen Staaten bedürfe es hierbei der Unterstützung durch internationale Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen, wobei letztere eine Sonderfunktion einnehmen, indem sie Informationen über Minderheiten an die relevanten Organisationen weiterleiten könnten.

Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion erklärte der Vertreter Albaniens, daß die Integration nationaler Minderheiten am wirksamsten auf dem Wege der wirtschaftlichen Integration verwirklicht werden könne. Der russische Vertreter hob die schwierige Lage hervor, in der sich sowohl die russische Regierung als auch das Parlament aufgrund des Tschetschenien-Konfliktes befänden. Eine schweizerische Abgeordnete unterstrich besonders die Bedeutung des Schutzes von Minderheiten in Kriegszeiten und die Bedeutung des humanitären Völkerrechts. Die KSZE habe Vertrauen zwischen den Staaten geschaffen, es sei nun Aufgabe der OSZE, Vertrauen innerhalb der Staaten aufzubauen. Anhand des Beispiels von Zypern wurde hervorgehoben, wie schwierig die Umsetzung der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte von Helsinki sei. Pro-

bleme wie in Zypern würden Frieden und Sicherheit im Gebiet der OSZE gefährden. Der Abgeordnete **Freimut Duve** unterstrich erneut die Bedeutung kollektiver Rechte als Mechanismus zur Schaffung von Rahmenbedingungen für das Leben von Individuen. Es müsse ein Konsens darüber erreicht werden, daß jeder das Recht habe, sich einer Gruppe anzuschließen und diese auch wieder zu verlassen. Ein dänisches Ausschußmitglied hob hervor, daß der Begriff „Integration“ durch seine positive Belegung vorsichtig zu verwenden sei, da einige Minderheiten nicht integriert werden wollten.

Anschließend erhielt der Botschafter der Republik Bosnien-Herzegowina, **Mahir Hadziahmetovic**, das Wort. Dieser stellte fest, daß die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte verbessert werden müßten, da sich ihr Versagen in den letzten drei Jahren in bezug auf den Bosnien-Konflikt gezeigt habe. Er erläuterte eingehend die Menschenrechtssituation in Bosnien-Herzegowina und die terroristischen Übergriffe der Serben. Die Völkergemeinschaft habe ihre Toleranzschwelle höhergeschraubt; anstatt der Einleitung rechtlicher Schritte gäbe es nur Verurteilungen. In Bosnien-Herzegowina seien zwei verschiedene Kräfte am Werk: die von Belgrad finanziell unterstützten Serben in Pale und die multiethnische Regierung in Sarajevo. Die Regierung von Bosnien-Herzegowina verfolge diejenigen, die die Menschenrechte verletzten – in Pale würden diese Personen umjubilert. Nach Auskunft der Organisation Helsinki-Watch gingen die ethnischen Säuberungen ungemindert weiter. Der Botschafter Bosnien-Herzegowinas richtete an die Mitglieder des Ausschusses die Frage, ob man den Menschen sagen solle, ihr Kampf für Demokratie sei vergeblich gewesen. Die Bosnier fragten sich, warum sie ihre Träume nicht verwirklichen könnten und ob die Kontaktgruppe verstünde, was Demokratie sei. Der Botschafter unterstrich die Absicht der Bosnier, sich auch in Zukunft mit ihrem Kampf an die Völkergemeinschaft zu wenden und weiterhin die Grundsätze der kulturellen Vielfalt zu verfolgen.

Der Abgeordnete **Gert Weisskirchen** (Wiesloch) erklärte anschließend, daß sich die Art der Konflikte geändert habe und vorbeugende Arbeit erforderlich sei. In Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungs-Organisationen hätten die Parlamentarier die Aufgabe, eine Vermittlerfunktion zu übernehmen, damit sich die Theorie eines „Clash of Civilisations“ nicht bewahrheite, sondern es zu einem Dialog der Zivilisationen komme. Von rumänischer Seite wurde angeregt, für die Jahrestagung 1996 ein umfassendes Dokument zu Minderheiten und Menschenrechten zu erstellen, welches in eine von allen OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterzeichnende Konvention verwandelt werden könnte. Die Abgeordnete **Dr. Ingrid Schwaetzer** hob hervor, daß die inhumane Art der Kriegführung in Bosnien kaum Eingang in die Diskussion gefunden hätte. Man müsse sich überlegen, ob man traditionelle Tabus übernehme oder dialogfähig sei. Auf der Grundlage der bestehenden Geschäftsordnung sei es den Parlamentariern nicht möglich zu handeln. Auf der nächsten Jahrestagung sollten deshalb neue Formen gefunden werden, die

es den Parlamentariern ermöglichten, Dialoge aufzunehmen. Die japanische Vertreterin teilte ihre Beobachtungen anlässlich eines Besuches in Bosnien mit und gab die Wirkung der Wirtschaftssanktionen zu bedenken, da diese hauptsächlich die Zivilbevölkerung treffen würden.

Anschließend stimmte der Ausschuß über die vorliegenden Änderungsanträge zum Entschließungsentwurf der Berichterstatterin ab. Die von den Ausschußmitgliedern mit zahlreichen Ergänzungen angenommene Entschließung hat als Kapitel III Eingang in das Schlußdokument, die Erklärung von Ottawa, gefunden (s. Anhang S. 21).

Nach der Verabschiedung der Entschließung ging der Ausschuß zur Diskussion über den vom Abgeordneten Willy Wimmer vorgelegten Bericht über die Delegationsreise von Mitgliedern der Versammlung in die Türkei über. Der amerikanische Abgeordnete **Steny Hoyer** gab den Ausschußmitgliedern eine vom Ausschußvorsitzenden erstellte Erklärung zum Türkei-Bericht zur Kenntnis. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** hob in seinen Erläuterungen zur Delegationsreise die ausgezeichnete Zusammenarbeit der Delegationsmitglieder untereinander hervor, die er u. a. auf die internationale Zusammensetzung der Delegation zurückführte. Die Kooperation mit den türkischen Gastgebern habe neue Standards für die OSZE gesetzt. Man habe mit der gesamten politischen Führung des Landes gesprochen. Unter anderem habe es ausführliche Gespräche mit dem türkischen Parlamentspräsidenten sowie mit der Ministerpräsidentin gegeben. Die Bitte des Ständigen Ausschusses an die Delegation, ihre Arbeit fortzuführen, sei daher gerechtfertigt. In der anschließenden Diskussion ging ein dänisches Ausschußmitglied auf die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ein. Ein griechischer Abgeordneter betonte, daß Terrorismus auch den von der Türkei ausgeübten Staatsterrorismus umfassen könne. Von türkischer Seite wurde erklärt, das Recht einzelner, Anträge einzureichen, sei gewährleistet. Ein britisches Ausschußmitglied widersprach dieser Feststellung unter Bezugnahme auf ein vom türkischen Delegationsleiter, Mehmet Kececiler, verteiltes Papier. Nach Beendigung der Diskussion nahmen die Ausschußmitglieder die vom Vorsitz vorgelegte Erklärung an.

Zum Abschluß der Sitzung wurde der Abgeordnete **Freimut Duve** zum Vorsitzenden, die niederländische Abgeordnete **Guikje Roethof** zur stellvertretenden Vorsitzenden und der polnische Abgeordnete **Jerzy Cielak** zum Berichterstatter gewählt.

VII. Treffen der Parlamentarierinnen

Am 7. Juli 1995 fand unter Vorsitz der kanadischen Abgeordneten **Paddy Torsney** ein Treffen der an der Vierten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilnehmenden Parlamentarierinnen statt. Zu Beginn des Treffens gab die schweizerische Abgeordnete **Josi Meier** einen kurzen Bericht, in dem sie das erste Treffen der Parlamentarierinnen in Erinnerung rief, das auf Initiative der belgi-

schen Abgeordneten Anne-Marie Lizin anlässlich der Dritten Jahrestagung der OSZE-Versammlung in Wien stattgefunden hatte. Um die Anliegen der Parlamentarierinnen, wie sie anlässlich des letzten Treffens in Wien formuliert worden seien, besser vertreten zu können, sprach sie sich dafür aus, die Treffen der Parlamentarierinnen anlässlich der Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Darüber hinaus schlug sie in ihrem Bericht vor, den Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen zu beauftragen, sich mit der Situation der Frauen zu befassen und dazu jährlich einen Bericht vorzulegen. Abschließend stellte sie mit Bedauern fest, daß von den insgesamt 248 Parlamentariern, die an der Konferenz teilnehmen, nur 41 Frauen seien. Es sei daher dringend notwendig, diese Situation mit Blick auf die nächste Jahrestagung der Versammlung zu ändern und für eine bessere Repräsentanz der Parlamentarierinnen in den nationalen Delegationen zu sorgen. Die Vorschläge der Berichterstatterin fanden allgemeine Zustimmung. Die schweizerische Abgeordnete **Lili Nabholz** regte außerdem an, daß die Berichte der Ausschüsse zukünftig auch ein Kapitel enthalten sollten, in dem die Probleme der Frauen als einer wichtigen gesellschaftlichen Gruppe angesprochen würden. Im weiteren Verlauf der Diskussion unterstrich die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Prof. Dr. Rita Süsmuth**, daß es wichtig sei, den Anteil der Frauen unter den Funktionsträgern der OSZE-Versammlung zu vergrößern. Dies sei aber nur zu erreichen, wenn Frauen-Personalpolitik in einem Treffen vor Beginn der eigentlichen Tagung besprochen werden könne. Des weiteren schlug sie vor, daß es in Zukunft zur Regel gemacht werden sollte, daß sich die Berichterstatter der Ausschüsse in ihren Berichten von vornherein auch mit der Frauendimension auseinandersetzen. Es sei dann Aufgabe des Sekretariats, im Vorfeld zu prüfen, ob diese Regel auch beachtet werde. Die schwedische Vertreterin unterstützte ebenfalls den Vorschlag, die Treffen der Parlamentarierinnen bereits vor der eigentlichen Tagung zu veranstalten. Die kanadische Abgeordnete **Paddy Torsney** sprach sich dafür aus, die Leiter der nationalen Delegationen schriftlich dazu aufzufordern, im Hinblick auf die nächste Jahrestagung der Versammlung für eine bessere Repräsentanz von Parlamentarierinnen in den Delegationen zu sorgen. Anschließend gab die belgische Abgeordnete **Anne-Marie Lizin** einen kurzen Bericht über den Stand der Vorbereitungen der IV. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, die im September 1995 in Peking stattfinden wird. Eingangs wies sie auf die Schwerpunkte der Konferenz hin, die sich insbesondere mit der Beteiligung von Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben, mit dem Ausschuß von Frauen aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sowie mit der Solidarität unter den Frauen befassen werde. Mit Blick auf das Schlußdokument der Weltfrauenkonferenz wies sie darauf hin, daß noch 30 Prozent des dazu vorliegenden Entwurfs umstritten seien. Abschließend regte sie an, sich im Rahmen des nächsten Treffens der Parlamentarierinnen der OSZE-Versammlung im Jahre 1996 mit den Ergebnissen der Weltfrauenkonferenz und einem möglichen Follow up zu beschäftigen.

VIII. Plenarsitzung

Zu Beginn der Plenarsitzung richtete der Präsident der Westeuropäischen Union, **Sir Dudley Smith**, ein kurzes Grußwort an die Mitglieder der OSZE-Versammlung. Im Anschluß daran, erhielt die kanadische Abgeordnete **Paddy Torsney** Gelegenheit, über die Arbeit des Treffens der Parlamentarierinnen zu berichten. Die Vorschläge, das Treffen der Parlamentarierinnen zu einer ständigen Einrichtung zu machen und mehr Frauen in die nationalen OSZE-Parlamentarierdelegationen aufzunehmen, fanden breite Zustimmung. Anschließend folgte ein kurzer Bericht des Schatzmeisters, **Sir Peter Emery**, über die finanzielle Situation der Versammlung. Danach ergriff die Präsidentin des schwedischen Parlaments, **Birgitta Dahl**, das Wort, um die offizielle Einladung zur Fünften Jahrestagung der Versammlung im Juli 1996 in Stockholm auszusprechen.

In der anschließenden Plenardebatte bestand Übereinstimmung darin, daß die Rolle der OSZE und ihrer Parlamentarischen Versammlung angesichts der Vielzahl neuer regionaler und ethnischer Konflikte weiter gestärkt werden müßte. Der russische Abgeordnete **Oleg Bogomolov** vertrat die Auffassung, daß es eine vordringliche Aufgabe der Versammlung sei, der Exekutiven Impulse zu geben. Der französische Abgeordnete **Jean De Lipkowski** schlug in diesem Zusammenhang vor, weitere Treffen der Ausschüsse zwischen den Jahrestagungen der Versammlung vorzusehen, die Arbeitsmethoden der Versammlung insgesamt zu verbessern, verstärkt Delegationsreisen nach dem Muster der Türkei-Mission durchzuführen und die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, beispielsweise durch gemeinsame Sitzungen, zu verbessern. Auch der italienische Abgeordnete **Giulio Terracini** sprach sich für häufigere Tagungen aus. Der britische Abgeordnete **Michael Jopling** sprach sich dafür aus, die Zeit anläßlich der Jahrestagungen besser zu nutzen und in verstärktem Maße Diskussionen über aktuelle und kontroverse Themen zu führen. Der schweizerische Abgeordnete **Claude Frey** regte in diesem Zusammenhang an, den Ablauf der Plenar- und Ausschusssitzungen zu überdenken sowie den Schlußfolgerungen der Versammlung eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen inhaltlichen Punkte voranzustellen. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** betonte in seinem Redebeitrag, daß die Türkei-Mission ein gutes Beispiel dafür gewesen sei, wie in der Parlamentarischen Versammlung konstruktiv miteinander gearbeitet werden könnte. Zum einen habe die Delegation in allen zentralen Punkten eine gemeinsame Position eingenommen, zum anderen habe die türkische Seite dadurch neue Standards gesetzt, daß sie Treffen mit der gesamten politischen Führung des Landes ermöglicht habe. Zugleich begrüßte er die Entscheidung des Ständigen Ausschusses, die Türkei-Delegation der Versammlung weiter bestehen zu lassen, um den Dialog mit der Türkei fortzusetzen. An die kanadischen Gastgeber gewandt, hob er den beispielhaften Einsatz Kanadas für den Schutz der Menschenrechte hervor. Dieses Wirken für die Menschenrechte sei für viele Menschen wie ein Polarstern, an dem sie sich orientieren könnten. Mit Blick

auf die OSZE-Versammlung unterstrich er, daß diese in ihrer Arbeit politischer werden müsse. Es müsse erreicht werden, daß die OSZE-Troika der Parlamentarischen Versammlung gegenüber verantwortlicher sei. Es müsse daher unter anderem darauf hingewirkt werden, daß die Mitglieder der Troika anläßlich der nächsten Tagung in Stockholm während der gesamten Zeit anwesend seien. Im übrigen betonte er, daß die Arbeit der Versammlung während der Jahrestagungen weiter verbessert werden müßte. Die nationalen Delegationen hätten – einem Präsidiumsbeschuß zufolge – Gelegenheit, dem Generalsekretär dazu Verbesserungsvorschläge vorzulegen.

Die Abgeordnete **Katrin Fuchs** unterstrich in ihrem Redebeitrag, daß größeres Engagement und verbesserte Möglichkeiten nötig seien, wenn die OSZE eine wichtigere Rolle der Konfliktverhütung, der Erhaltung einer umfassenden Sicherheit, der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und der Entwicklung eines Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert spielen wolle. Es sei daher von besonderer Bedeutung, die OSZE und ihre Institutionen, insbesondere den amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretären, weiter zu stärken, damit diese flexibler arbeiten könnten. Darüber hinaus unterstrich sie, daß es notwendig sei, die Arbeitsfähigkeit der Parlamentarischen Versammlung zu stärken, damit diese wirkungsvoller arbeiten und der Exekutiven Impulse für deren Arbeit geben könne. Um flexibel auf aktuelle politische Entwicklungen reagieren zu können, sei es unbedingt erforderlich, öfter als einmal pro Jahr zu tagen. Außerdem vertrat sie die Auffassung, daß die Anwesenheit der OSZE-Troika während der Tagungen der Versammlung unbedingt wünschenswert sei. Zugleich bedauerte sie, daß in Ottawa aus Zeitgründen ein wirklicher Dialog mit dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden nicht möglich gewesen sei. Des weiteren wies sie darauf hin, daß in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nur sehr wenige Frauen vertreten seien. Sie appellierte deshalb an die nationalen Delegationen, in Zukunft mehr Frauen aufzunehmen. Abschließend regte sie an, anläßlich der nächsten Konferenz der Versammlung auch die Frage zu diskutieren, ob sich die OSZE-Parlamentarier nicht für die Schaffung einer Agentur für Kontrolle von Rüstungsexporten einsetzen sollten. In seinem Wortbeitrag erklärte der Abgeordnete **Freimut Duve**, daß dieses Jahrhundert das Jahrhundert von Krieg und Frieden gewesen sei. Er äußerte die Befürchtung, daß das nächste Jahrhundert das Jahrhundert von Terror oder Zivilität werden könnte. In dieser Phase des Übergangs sei die OSZE die wichtigste Organisation, um Maßstäbe für Zivilität zu entwickeln und zu vermitteln. Unter Bezugnahme auf seinen Vorredner ergänzte der Abgeordnete **Kurt J. Rossmanith**, daß das nächste Jahrhundert darüber hinaus auch ein Jahrhundert der Vertreibung werden könnte. Er sprach sich ebenfalls dafür aus, den Tagungsrhythmus der Versammlung zu ändern. Mit nur einer Jahrestagung sei die Versammlung nicht in der Lage, flexibel genug auf die politischen Entwicklungen zu reagieren. Er regte deshalb an, zwischen den Jahrestagungen weitere Ausschusssitzungen vorzusehen, um auch aktuelle Themen aufgreifen zu können. Unter Hinweis auf die Diskus-

sion im Wirtschaftsausschuß stellte er fest, daß die Wirtschaftshilfe für die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa verstärkt werden müßte und daß insgesamt eine bessere Koordinierung der Hilfe erreicht werden sollte. Zugleich müsse aber anerkannt werden, was die westlichen Länder bereits an Hilfe geleistet hätten. Der Abgeordnete **Gert Weisskirchen** (Wiesloch) erinnerte daran, daß die Dissidenten in Mittel- und Osteuropa nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki versucht hätten, den Helsinki-Prozeß mit Leben zu erfüllen. Heute, 20 Jahre später, habe die Versammlung die Möglichkeit, diesen Prozeß weiter voranzutreiben und zu erneuern. Sie müsse den Mut haben, überall dort, wo die zivile Gesellschaft gefährdet sei, dagegen anzugehen. In der internationalen Zusammenarbeit sei nunmehr die Zeit der „gemeinsamen Verantwortung“ gekommen. Damit sich die Geschichte nicht wiederhole, müsse die Zukunft vom Dialog der Zivilisationen bestimmt sein.

Im Verlauf der Plenardebatte wurden von den Mitgliedern im übrigen neben der Notwendigkeit einer Stärkung der OSZE der erweiterte Sicherheitsbegriff, die aktuelle Situation in Bosnien-Herzegowina, Tschechien und Nagorny Karabach, die Menschenrechtssituation in der Türkei sowie die Entscheidung der französischen Regierung zur Wiederaufnahme der Atomtests im Pazifik angesprochen. Im Anschluß

an die Plenardebatte verabschiedeten die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE das Schlußdokument der Tagung, die Erklärung von Ottawa (s. Anhang S. 15). Zum Abschluß der Plenarsitzung dankte Präsident **Frank Swaelen** den Gastgebern für den herzlichen Empfang und die ausgezeichnete Organisation der Tagung und sprach die Hoffnung aus, anläßlich der nächsten Jahrestagung in Stockholm so erfolgreich arbeiten zu können wie in Ottawa.

IX. Wahl des Präsidiums

Der bisherige Präsident der Versammlung, der belgische Senatspräsident **Frank Swaelen**, wurde von den Mitgliedern der Versammlung per Akklamation für ein weiteres Jahr in seinem Amt bestätigt. Der derzeitige Schatzmeister, **Sir Peter Emery**, wurde ebenfalls per Akklamation für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Mitglieder der Versammlung wählten darüber hinaus fünf neue Vizepräsidenten in das Präsidium. Der amerikanische Abgeordnete **Steny Hoyer**, die dänische Abgeordnete **Helle Degn** und der ungarische Abgeordnete **András Bárony** wurden zu Vizepräsidenten mit einer Amtsdauer von drei Jahren gewählt. Der usbekische Parlamentspräsident **Erkin Khalilov** und der litauische Abgeordnete **Kazys Bobelis** wurden zu Vizepräsidenten mit einjähriger Amtsdauer gewählt.

Bonn, den 22. Juli 1995

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages

X. Anhang (Erklärung von Ottawa)**OSZE**

4. Jahrestagung
der Parlamentarischen Versammlung
Ottawa, Kanada 1995

**Erklärung von Ottawa
der Parlamentarischen Versammlung
der OSZE
8. Juli 1995**

Wir, Parlamentarier der OSZE-Teilnehmerstaaten, sind vom 4. bis zum 8. Juli 1995 als parlamentarische Institution der OSZE in Ottawa zusammengetreten, um Entwicklungen in bezug auf die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu bewerten und den OSZE-Ministern unseren Rat anzubieten. Wir tun dies eingedenk der Tatsache, daß wir 1995 den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Vereinten Nationen, den zwanzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki und den fünften Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa begehen.

Wir wünschen der nächsten Tagung des OSZE-Ministerrats, die am 7./8. Dezember 1995 in Budapest stattfinden soll, allen Erfolg und machen den Rat auf die nachfolgenden Erklärungen und Empfehlungen aufmerksam.

Die vom 4. bis zum 8. Juli 1995 in Ottawa zusammengetretene Parlamentarische Versammlung der OSZE verabschiedet folgende Entschlüsse:

- Kapitel I: Politische Angelegenheiten und Sicherheit
- Kapitel II: Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- Kapitel III: Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Kapitel I**Politische Angelegenheiten und Sicherheit**

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

1. die Ergebnisse des Gipfels von Budapest *begrüßend*, einschließlich der Entscheidung, die Kontakte und den Dialog mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auszubauen;
2. das am 5. Dezember 1994 erfolgte Inkrafttreten des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren *begrüßend* und seine Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Teilnehmerstaaten empfehlend;
3. den Abschluß des Pakts für Stabilität in Europa *begrüßend*, für dessen weitere Umsetzung der OSZE die Zuständigkeit übertragen worden ist;

4. *in Bekräftigung* der die Schlüsselrolle der OSZE beim Aufbau einer sicheren und stabilen, umfassenden und freien OSZE-Gemeinschaft;

Stärkung der OSZE

5. *in der Überzeugung*, daß eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen transatlantischen und europäischen Institutionen, wie der NATO, der WEU, der GUS und dem Europarat, für die Förderung des demokratischen Wandels im Rahmen der OSZE unverzichtbar ist;

6. *unter Hinweis* auf ihren in der Wiener Erklärung von 1994 enthaltenen Vorschlag für ein Entscheidungsverfahren, das keinen Konsens oder Konsens minus eins mehr erfordert;

7. *ferner unter Hinweis auf* ihre in der Erklärung von Helsinki 1993 enthaltenen Vorschläge für die Verwirklichung eines Systems der kooperativen Sicherheit zur weiteren Steigerung der Effektivität und Verbesserung des Entscheidungsprozesses der OSZE, zur Ausweitung des Handlungsspielraums der dafür geeigneten OSZE-Institutionen, insbesondere des amtierenden Vorsitzenden, sowie zur Weiterentwicklung der Möglichkeiten des Generalsekretärs und des Sekretariats;

8. *unter Verurteilung* der anhaltenden unrechtmäßigen Präsenz von Streitkräften und Militärausrüstungen eines Teilnehmerstaats auf dem Gebiet eines anderen Teilnehmerstaats unter Verstoß gegen das internationale Recht;

9. *unter Betonung* der Notwendigkeit, daß alle OSZE-Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen als unverzichtbare Grundlage aller sinnvollen Bemühungen um die Schaffung einer echten Partnerschaft in einer neuen Ära in vollem Umfang nachkommen;

10. *in der Hoffnung*, daß die Diskussionen über „ein Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert“ zur Verabschiedung eines breit angelegten Konzepts „gemeinsamer und umfassender Sicherheit“ führen werden, das nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche, soziale, ökologische und andere Aspekte umfaßt und auf einer engen, interaktiven Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Gesetzgebern in allen Stadien der politischen Entwicklung in der OSZE-Region aufbaut;

11. mit Interesse dem im Herbst 1995 in Wien geplanten Seminar *entgegensehend*, das eine breite und umfassende Aussprache über alle jeweils aktuellen Sicherheitsaspekte fördern, ein Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert entwickeln und die zuständigen internationalen, europäischen und transatlantischen Organisationen unmittelbar einbeziehen soll;

12. *in Würdigung* der überaus erfolgreichen Wahlbeobachtung durch die Versammlung;

fordert die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten auf:

13. eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und dem Europarat, der NATO, der WEU und anderen als für die Sicherheit im OSZE-Gebiet bedeutsam eingeschätzten demokratischen

Organisationen *aufzubauen* und hierzu deren ständige Vertretung sicherzustellen;

14. *weiterhin* eine aktive Aussprache über ein gesamteuropäisches Sicherheitsmodell auf der Grundlage der Prinzipien eines einheitlichen Sicherheitsraums und gleicher Sicherheit für alle *zu führen*, wobei die OSZE entsprechend dem Mandat des Gipfels von Budapest eine zunehmend bedeutendere Rolle spielen soll;

15. entsprechend der Praxis bei den Vereinten Nationen und in der Europäischen Union neben Diplomaten erfahrene Staatsmänner für Aufgaben auf dem Gebiet der Frühwarnung und der Konfliktverhütung *zu benennen*;

16. das Konfliktverhütungszentrum in Verbindung mit regelmäßigen Beiträgen der nationalen Regierungen und Organisationen mit der Erfassung von Frühwarnindikatoren *zu beauftragen* und seinen Direktor damit zu betrauen, den OSZE-Missionen politische Informationen zu übermitteln und in beratender Eigenschaft an Diskussionen im Hohen und im Ständigen Rat teilzunehmen;

17. *zu klären*, ob eine bei dem Konfliktverhütungszentrum errichtete Rüstungskontroll- und Verifikationsagentur der OSZE Doppelarbeit vermindern und die Umsetzung von Rüstungskontrollabmachungen fördern könnte, an denen alle oder einige OSZE-Teilnehmerstaaten beteiligt sind;

18. das Übereinkommen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1980 und das dazugehörige Protokoll über das Verbot von Anti-Personen-Minen *zu ratifizieren* und den Ratifizierungsprozeß durch Gesetze abzuschließen, die auf das Verbot des Einsatzes, der Herstellung, Ausfuhr und Durchfuhr derartiger Waffen auf ihrem Staatsgebiet einschließlich einer solchen Verwendung durch ihre Streitkräfte abzielen;

19. die in dem Wiener Dokument von 1994 festgelegten Notifizierungs- und Beobachtungsschwellen *zu überprüfen*, um die militärische Transparenz angesichts der veränderten politisch-militärischen Realitäten weiter zu fördern und sich darauf zu verständigen, daß das Dokument für alle militärischen Aktivitäten gilt, ganz gleich, zu welchem Zweck sie durchgeführt werden;

20. *dahingehend übereinzukommen*, daß jede ungewöhnliche, nicht planmäßige militärische Aktivität außerhalb der normalen Standorte in Friedenszeiten in der Tat zu berechtigten Besorgnissen Anlaß gibt, die es jedem Mitgliedstaat erlauben, gemäß Ziffer 16 des Wiener Dokuments von 1994 eine Erklärung für diese Aktivitäten zu verlangen;

21. auf einem annähernden Konsens beruhende Entscheidungsverfahren *eingehend zu untersuchen*;

22. an der vollen Verwirklichung des politisch bindenden Verhaltenskodex über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit *zu arbeiten* und den Kontrollmechanismus für seine Umsetzung durch volle Nutzung der entsprechenden bestehenden Kontrollgremien, -mechanismen und -verfahren der OSZE weiter zu konsolidieren;

23. unter Berücksichtigung offenkundiger Nichtumsetzung der Beschlüsse und Verpflichtungen der OSZE, Kriterien für die Suspendierung eines Teilnehmerstaats *auszuarbeiten*;

24. der Veranstaltung von Wahlüberwachungsübungen durch die OSZE-Versammlung *Priorität einzuräumen*;

Regionale Fragen

25. *in der Erwägung*, daß die Förderung regionaler Ansätze zur Behandlung von Sicherheitsfragen ein wichtiges Instrument für Beiträge zur Stabilität im gesamten OSZE-Gebiet darstellt;

26. die Ergebnisse des Pakts für Stabilität in ganz Europa mit Genugtuung *zur Kenntnis nehmend* und in diesem Rahmen mit besonderer Hochachtung die positiven Erfahrungen mit der Praxis der regionalen runden Tische, die die Durchführbarkeit eines regionalen Ansatzes bei der Behandlung von Sicherheits- und Stabilitätsfragen belegt hat, feststellend;

27. *Kenntnis nehmend* von den laufenden Vorbereitungen innerhalb der OSZE, um die Verwirklichung des Pakts und insbesondere die Bereitschaft der betreffenden Teilnehmerstaaten zu verfolgen, ihre Bemühungen innerhalb der regionalen runden Tische fortzusetzen;

28. es für möglich und wertvoll *erachtend*, den umfassenden Charakter des OSZE-Sicherheitskonzepts durch eine Ergänzung der regionalen Anstrengungen im Rahmen der OSZE durch die Behandlung anderer die Stabilität der Regionen betreffender Fragen einschließlich politisch-militärischer Angelegenheiten deutlich werden zu lassen, insbesondere der Probleme der Begrenzung der Offensivwaffen, der Umsetzung eines hinreichenden Verteidigungspotentials bei den Truppenstärken wie bei den Ausrüstungen sowie übermäßiger und destabilisierender Konzentrationen von Truppen und Militärgerät vorübergehenden wie dauerhaften Charakters;

29. *in der Auffassung*, daß die Flexibilität solcher regionalen runden Tische es ihnen sowohl ermöglichen sollte, den allgemeinen Sicherheitsdialog zu fördern und zu begünstigen als auch, aus sich heraus konkrete multilaterale Maßnahmen zu erarbeiten und die Ziele des runden Tisches betreffende vereinbarte bilaterale Regelungen zu unterstützen;

30. *in der Auffassung*, daß die Aktivitäten regionaler runder Tische, auch wenn diese nicht als sehr strikter Rahmen mit erschöpfend festgelegter Tagesordnung beginnen, eher locker und flexibel strukturiert sein und sich letztlich über den Dialog und das Streben nach einem Konsens in den Bereich der regionalen Abrüstung und Rüstungskontrolle hineinbewegen sollten;

Mittelmeerraum

31. *überzeugt* von der Bedeutung der Verbesserung der Sicherheit und Zusammenarbeit im gesamten Mittelmeerraum, da Frieden und Stabilität in diesem empfindlichen Bereich für die Gewährleistung der

Sicherheit im OSZE-Gebiet von größter Bedeutung sind;

Baltikum

32. *bekundet* ihre Unterstützung für die Möglichkeit, von allen interessierten Teilnehmerstaaten einen regionalen Sicherheitsdialog in der Ostseeregion in Gang bringen zu lassen – den runden Tisch für Sicherheit im Ostseeraum;

33. *bringt* ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der runde Tisch für Sicherheit im Ostseeraum den Sicherheitsdialog zwischen den Teilnehmerstaaten auf lange Sicht begünstigen und verbessern könnte, wobei die Ziele insbesondere in der Steigerung der Transparenz der Verteidigungspolitik, der Militärplanung und des Informationsaustausches bestehen;

34. *regt* die Prüfung weiterer Vorhaben zum Aufbau einer die Vertrauens- und Sicherheitsbildung im Ostseeraum festigenden Kooperationsregelung an;

Berg Karabach

35. die ersten Fortschritte bei den Arbeiten an einer geeigneten Entschließung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Berg Karabach und insbesondere einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe und von OSZE-Kooperationsabmachungen *nachdrücklich unterstützend*, durch die sichergestellt werden soll, daß die Rolle und die Aufgaben einer von dritter Seite aufgestellten Militärstreitmacht sich bei einem Konflikt mit den Grundsätzen und Zielsetzungen der OSZE decken, darunter auch der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Einwilligung der Konfliktparteien, der Unparteilichkeit, der Multinationalität, der Klarheit des Mandats, der Transparenz, einer integralen Verbindung mit einem politischen Konfliktlösungsprozeß und gegebenenfalls eines Plans für einen geordneten Rückzug;

36. *in der Überzeugung*, daß eine wirtschaftliche Erholung der Region unmöglich sein wird, wenn nicht die Zusammenarbeit zwischen den transkaukasischen Republiken wiederhergestellt wird und daß die erforderlichen Voraussetzungen durch den Einsatz der Friedenserhaltungsmission, die an sich schon ein Beispiel für Zusammenarbeit abgeben würde, verbessert werden;

37. ferner davon *überzeugt*, daß diese auch dazu beitragen könnte, die Kosten der humanitären Hilfe zu verringern, die für die Region geleistet werden muß, solange die wirtschaftliche Erholung wegen der Spannungen aufgrund des Karabach-Konflikts nicht vorankommt;

38. *bringt* ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Waffenruhe in Karabach und um Karabach herum, die nun seit über 14 Monaten andauert, zu einem vertraglich festgelegten Waffenstillstand werden sollte, der den Weg für die Rückkehr der (über eine Million) Flüchtlinge und die Aufhebung der Blockaden öffnet;

39. *begrüßt* die vor kurzem erfolgte Freilassung von Geiseln und Kriegsgefangenen, die die Fähigkeit

aller Konfliktparteien unter Beweis gestellt hat, sich gegenüber vertrauensbildenden Maßnahmen aufgeschlossen zu zeigen;

40. *bringt* jedoch ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß das Fortbestehen der derzeitigen Lage auf lange Sicht höhere Kosten verursachen würde, als sich aus der Friedensmission ergeben würden;

41. *bringt* ferner ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die entscheidende Aufgabe der Mission nicht nur darin besteht, die Friedenssicherung zu stabilisieren, sondern auch darin, den Versöhnungs- und Erholungsprozeß in der gesamten Region zu unterstützen;

42. *empfiehlt*, daß die Mission entscheidende technische und wirtschaftliche Hilfe leistet;

fordert die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten auf:

43. *sich* nachhaltig für die schnellstmögliche Umsetzung der Entschließungen 822, 853, 874 und 884 des UNO-Sicherheitsrats von 1993 über den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug aller örtlichen Streitkräfte aus allen besetzten Gebieten Aserbaidschans sowie die Umsetzung des Beschlusses des Budapester Gipfels „Intensivierung der OSZE-Bemühungen bezüglich des Konflikts in Berg Karabach“, einschließlich der Schaffung eines besonderen Mechanismus für die Verwirklichung dieser Beschlüsse, einzusetzen;

44. dem amtierenden Vorsitz der OSZE zu *empfehlen*, mit Hilfestellung der Ko-Vorsitzenden der Minsker Konferenz und Unterstützung der Minsker Gruppe entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, die auf die möglichst baldige Aufstellung multinationaler Friedenstruppen und deren Stationierung im Konfliktgebiet von Berg Karabach abzielen;

45. der Minsker Gruppe der OSZE zu *empfehlen*, das „Konsens minus eins“-Prinzip entschieden anzuwenden und bei ihren Bemühungen um die Lösung der Fragen der Stationierung von Beobachtern, der Räumung besetzter Gebiete usw. für größere Offenheit zu sorgen;

46. *den ernsthaften Versuch zu unternehmen*, sich auf die Finanzierung einer friedenserhaltenden Mission im Berg Karabach-Konflikt zu verständigen;

47. unverzüglich den OSZE-Beschluß *umzusetzen*, der die Teilnehmerstaaten verpflichtet, bis Ende 1995 eine Friedenserhaltungsmission mit wenigstens 2 000 Teilnehmern nach Berg Karabach zu entsenden;

Tschetschenien

48. die beträchtlichen Fortschritte *feststellend*, die im Hinblick auf eine friedliche Beilegung der Krise in Tschetschenien erreicht worden sind und unter Betonung der Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Regierung Rußlands und dem amtierenden Vorsitzenden für eine friedliche Lösung der Krise in Tschetschenien auf der Grundlage der Prinzipien der OSZE;

49. die Arbeit der OSZE-Unterstützungsgruppe *unterstützend*, die seit dem 25. April 1995 in Grosny tätig ist;

50. *unter Betonung* der Notwendigkeit einer sofortigen Einstellung der Kämpfe zur Beendigung der Verluste an Menschenleben und des Leidens in Tschetschenien sowie des Erfordernisses einer bedingungslosen und dringlichen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer dauerhaften friedlichen Beilegung des Konflikts;

51. *unter Hinweis* auf die Bedeutung der OSZE-Unterstützungsgruppe für Tschetschenien;

52. *verurteilt* die Russische Föderation wegen ihrer groben Verletzung des internationalen Rechts und der Prinzipien der OSZE während ihres Militärfeldzugs in Tschetschenien;

53. *verurteilt ferner* die Verantwortlichen der terroristischen Geiselnahme unschuldiger Zivilisten in Budjonnowsk;

54. *fordert* die Konfliktparteien *auf*, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und sich um eine politische Lösung für den Krieg zu bemühen;

fordert die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten *auf*:

55. den russischen Behörden und den betroffenen Organisationen in Tschetschenien volle Zusammenarbeit *anzubieten* in bezug auf die Koordinierung der humanitären Hilfe, die Sicherstellung der Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen, die Hilfe bei freien Wahlen, den Aufbau rechtlichen Grundlagen entsprechender Verwaltungsstrukturen und die Erzielung einer politischen Gesamtlösung;

Ehemaliges Jugoslawien

56. *mit dem Ausdruck* tiefer Besorgnis angesichts des anhaltenden rücksichtslosen und grausamen militärischen Konflikts in Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens und von der Notwendigkeit *überzeugt*, daß effektive Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Südmitteleuropa – dem Balkan – beschlossen werden müssen;

57. *bekräftigend*, daß die Anerkennung von Bosnien-Herzegowina, Kroatien und aller Republiken des ehemaligen Jugoslawiens durch Serbien-Montenegro eine unbedingte Voraussetzung für die Aufnahme von Serbien-Montenegro in die OSZE darstellt;

58. *in der Auffassung*, daß der Konflikt in Bosnien-Herzegowina die schwerwiegendste Verletzung der in der Schlußakte von Helsinki verankerten Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten bestimmen, bedeutet;

59. *in der Auffassung*, daß dabei folgende Prinzipien besonders bedeutsam sind: Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben;

60. *besorgt darüber*, daß die fortdauernde Hinnahme dieser Verstöße nicht nur für Bosnien-Herzegowina, sondern auch für die Grundsätze selbst und ihre volle Anwendung im gesamten OSZE-Gebiet eine Bedrohung darstellt;

61. *ferner besorgt darüber*, daß eine Nichtbeachtung dieser Prinzipien bei dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina die Glaubwürdigkeit der OSZE und der gesamten Staatengemeinschaft gefährdet und

62. *feststellend*, daß 1995 der zwanzigste Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ist und daß aus diesem Anlaß Gedenkfeiern stattfinden werden;

63. *empfiehlt* dem Vorsitzenden oder dem Ständigen Ausschuß, soweit die Sicherheitslage dies bis Ende 1995 zuläßt, eine eintägige Sondersitzung von OSZE-Parlamentariern nach Sarajewo in Bosnien-Herzegowina einzuberufen, um Solidarität mit diesem Land zu bekunden, des zwanzigsten Jahrestags der Prinzipien von Helsinki zu gedenken und Möglichkeiten zu prüfen, wie diese Prinzipien im verstärkten Maße zur Geltung gebracht werden können bei einer möglichen Beendigung des Konflikts;

64. *fordert* die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu *auf*, in Sarajewo für eine Sicherheitslage zu sorgen, die dort eine Abhaltung der Sitzung bis Ende 1995 ermöglicht;

65. *bittet* führende Vertreter aller OSZE-Teilnehmerstaaten, an dieser Sondersitzung teilzunehmen;

66. *erinnert* Griechenland an die Bedeutung der OSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur und fordert diesen Teilnehmerstaat nachdrücklich *auf*, sein Veto gegen den Beitritt der ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien zur OSZE ohne Vorbedingungen zurückzuziehen;

67. *besorgt* darüber, daß die Fortsetzung des griechischen Embargos gegen die ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien gefährdet, woraus sich leicht eine weitere Destabilisierung der Lage in diesem Land und im Anschluß daran in der gesamten Region ergeben könnte. Deshalb ist es erforderlich, daß die griechische Regierung das über die ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien verhängte Handelsembargo unverzüglich aufhebt;

68. *erneut die Forderung erhebend*, daß die ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien – gegebenenfalls durch einen Konsens minus eins – als Vollmitglied in die OSZE aufgenommen werden soll und alle OSZE-Staaten dieses Land anerkennen und normale Beziehungen mit ihm aufbauen sollen;

69. *fordert* die sofortige Rückkehr der OSZE-Mission nach Kosowo sowie die Aufnahme direkter Gespräche zwischen Prishtina und Belgrad in Gegenwart eines Dritten zur Lösung der Kosowo-Krise;

fordert die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten *auf*:

70. *dabei zu helfen*, daß möglichst bald eine friedliche, dauerhafte und gerechte Beilegung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien erreicht und eine Ausweitung dieser Konflikte über ihre gegenwärtigen Grenzen hinaus verhindert werden;

71. Anstrengungen mit dem Ziel *zu unternehmen*, im südlichen Teil Mitteleuropas regionale Sicherheit zu schaffen und zu festigen, um in diesem unruhigen

Teil des Kontinents einen unaufhaltbaren Prozeß der Normalisierung und Stabilisierung herbeizuführen und hierzu der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken und effektivere Maßnahmen zu ergreifen, um den Ländern dieser Region zu helfen, die wegen der Durchführung der über die Bundesrepublik Jugoslawien verhängten Sanktionen ungerechterweise Schaden erleiden;

72. mit der Prüfung einer Rüstungskontrollregelung zu beginnen, um sicherzustellen, daß die Stärke der Streitkräfte des ehemaligen Jugoslawiens der Forderung nach einem hinlänglichen Verteidigungspotential entspricht;

Moldau

fordert die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten auf:

73. zu untersuchen, welche Hilfestellung die OSZE im Hinblick auf das Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Republik Moldau und der Russischen Föderation über den Rückzug der vorübergehend in Moldau stationierten russischen militärischen operationellen Gruppe anbieten könnte und die OSZE-Mission in der Republik Moldau zu beauftragen, seine Verwirklichung sorgfältig zu verfolgen, um so den entsprechenden Beschluß von Budapest über Moldau umzusetzen und dieser europäischen Region Frieden und Stabilität zu bringen;

Kernwaffenversuche

74. beklagt *zutiefst* den französischen Beschluß, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen;

75. ist *besorgt* darüber, daß dieser Beschluß die laufenden Verhandlungen über einen umfassenden Teststoppvertrag auf der Genfer Abrüstungskonferenz belasten wird, einen Rückschlag für die Fortschritte bei den Abrüstungsbemühungen der letzten Jahre bedeutet und die Bemühungen um die Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen komplizieren wird;

76. ist der Auffassung, daß ein solcher Beschluß keinen Beitrag zu den Bemühungen leisten wird, eine internationale Gemeinschaft aufzubauen, in der Kernwaffen eine deutlich geringere Rolle spielen;

77. fordert darum die französischen Behörden *nachdrücklich* auf, ihren Beschluß über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche rückgängig zu machen;

78. fordert alle Kernwaffenstaaten *nachdrücklich* auf, für unbegrenzte Zeit von Kernwaffenversuchen Abstand zu nehmen.

Kapitel II

Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

1. in Anerkennung der Zusammenhänge, die zwischen der gemeinsamen Sicherheit, der menschlichen Dimension und der wirtschaftlichen Zusammen-

arbeit bestehen sowie ihres gemeinsamen Beitrags zum demokratischen Wandel in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den gerade erst unabhängig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion;

2. in Kenntnis dessen, daß der tatsächliche wirtschaftliche Wandel in diesen Ländern ein langsamer und schwieriger Prozeß ist, dem jedoch wesentliche Bedeutung zukommt, wenn das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen ihrer Bürger verbessert werden soll;

3. in der Erkenntnis, daß in jedem Land andere Verhältnisse herrschen und der Prozeß und das Tempo der Umstrukturierung den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten eines jeden Landes Rechnung tragen müssen;

4. überzeugt, daß angemessene politische, rechtliche und administrative Institutionen und Praktiken auf den für die Entwicklung effektiver Marktwirtschaften wesentlichen Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruhen;

5. unter Betonung der Bedeutung einer laufenden grundlegenden Schulung bei der Entwicklung der Länder Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion in Richtung auf Marktwirtschaft und partizipative Demokratie;

6. besorgt darüber, daß die Reformen mit einer Reihe bedrohlicher negativer Erscheinungen einhergehen – hohe Inflation, Zunahme der wechselseitigen Verschuldung der Unternehmen und Kreditknappheit, sinkender Lebensstandard der Bevölkerung und übermäßiger Nachfragerückgang –, die die Aussichten auf ein Wirtschaftswachstum gefährden;

7. überzeugt, daß Wirtschaftsreformen in Verbindung mit der Schaffung eines effektiven sozialen Sicherungssystems durchgeführt werden müssen;

8. feststellend, daß die sozialen Kosten marktwirtschaftlicher Reformen die politische Stabilität und die Aussichten auf wirtschaftlichen Fortschritt nicht gefährden dürfen;

9. in der Erkenntnis, daß die Privatisierung der Produktionsmittel eine notwendige Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, es sich dabei jedoch um einen schwierigen Prozeß handelt, der gut durchdachte und den spezifischen Gegebenheiten eines jeden Landes angepaßte Programme erfordert;

Umweltfragen

10. von der Notwendigkeit überzeugt, im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen die Umwelt in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu erhalten und zu verbessern;

11. bekräftigt die Anerkennung der Zusammenhänge zwischen der gemeinsamen Sicherheit, der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und der menschlichen Dimension;

12. fordert die Regierungen *nachdrücklich* auf, ein Sicherheitsmodell auf breiter Grundlage aufzubauen, das über die konventionelle Sicherheit hinausreicht, indem es die ökologische Interdependenz der OSZE-

Nationen anerkennt und außerdem die wirtschaftlichen Vorteile der Verhütung der Wasser- und Luftverschmutzung für den Schutz der menschlichen Gesundheit, das Funktionieren einer effizienten Volkswirtschaft und einen besseren Umgang mit unseren abnehmenden natürlichen Ressourcen zu berücksichtigen;

13. *fordert* die Regierungen *nachdrücklich auf*, politische Maßnahmen zu verabschieden, die zur Herbeiführung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung auf die Verknüpfung ökonomischer mit ökologischen Zielsetzungen abzielen;

14. *fordert* die Regierungen *nachdrücklich auf*, bei ihrer Bewirtschaftung und Nutzung der Fischbestände die Bestandserhaltung zu ihrem politischen Hauptanliegen zu machen;

15. *fordert* die Regierungen *nachdrücklich auf*, nicht-nachhaltige Subventionen allmählich aufzugeben und wirtschaftliche Instrumente zu entwickeln, die den Wert der natürlichen Ressourcen für die kommenden Generationen steigern;

Prioritäten für die Reformstaaten

16. *fordert* die Regierungen der Reformstaaten *nachdrücklich auf*, eine wirtschaftliche Stabilisierungspolitik einzuführen und beizubehalten, wie sie für die Entwicklung effektiver Marktwirtschaften erforderlich ist;

17. *fordert* die Regierungen dieser Länder *auf*, Rechts- und Verwaltungsstrukturen zu schaffen, die die Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft darstellen und Gesetze zu verabschieden, die eine nachhaltige und wirtschaftlich gesunde Entwicklung fördern;

18. *fordert* die Regierungen der Reformstaaten *auf*, durch Einschaltung demokratischer Institutionen ein öffentliches Einvernehmen über die Ziele, die Methoden und das Tempo der Reformen zu erreichen;

19. *appelliert* an die Reformstaaten, rechtliche und andere Mechanismen zu stärken, die – insbesondere bei Regierungsstrukturen – zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption erforderlich sind, welche die sozialen und wirtschaftlichen Reformen untergraben und eine Zunahme der Kriminalität in der Gesellschaft in Form einer Kettenreaktion auslösen, schwere Menschenrechtsverletzungen und eine Verarmung der Bürger dieser Länder nach sich ziehen und diese zu ständigen Geiseln praktisch legalisierter krimineller Beziehungsgeflechte machen und fordert darüber hinaus alle Teilnehmerstaaten zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens auf;

20. *fordert* die Regierungen der Reformstaaten *nachdrücklich auf*, der Förderung starker Bankensysteme und Kapitalmarktinstitutionen den Vorrang zu geben, da dies sowohl für die inländische Privatwirtschaft als auch zur Förderung ausländischer Investitionen erforderlich ist;

21. *fordert* die Teilnehmerstaaten *nachdrücklich auf*, Verfahren zum Ausbau des Dialogs zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und zur

Förderung der Hinzuziehung der Wirtschaftskreise im Hinblick auf Bemühungen zur Anregung der Investitionstätigkeit zu prüfen, einschließlich der Ausschaltung marktfeindlicher Kräfte, um so ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und eine entsprechende Entwicklung in den Reformstaaten zu unterstützen;

22. *fordert* die Regierungen dieser Staaten *auf*, in ihrer effektiven Privatisierungspolitik nicht nachzulassen;

23. *fordert* diese Regierungen *nachdrücklich auf*, sich der zunehmenden Probleme der wechselseitigen Verschuldung der Unternehmen und des Mangels an Betriebskapital anzunehmen und empfiehlt den internationalen Finanzinstitutionen, effektive Programme für die Lösung der Probleme der wechselseitigen Verschuldung der Unternehmen zu entwickeln, sie den Reformstaaten zugänglich zu machen und Mechanismen für die Verwirklichung dieser Programme auszuarbeiten;

Die soziale Dimension

24. *fordert* die Regierungen der Reformstaaten *auf*, ein System der sozialen Sicherheit aufzubauen, das insbesondere den Bedürfnissen der anfälligsten Gruppen in der Gesellschaft gerecht wird;

25. *fordert* die OSZE *nachdrücklich auf*, die im wirtschaftlichen Übergang befindlichen Länder bei der Dokumentierung der sozialen Schwierigkeiten zu unterstützen, denen sie sich gegenübersehen, insbesondere durch Überwachung der gesundheitlichen Situation sowie der Lage der Frauen, Kinder und alten Menschen;

26. *fordert* die internationalen Finanzinstitutionen *nachdrücklich auf*, bei der Durchführung ihrer Hilfsprogramme den sozialfürsorglichen Aspekten dieser Hilfe als integralem Bestandteil ihrer gesamten Aufgaben und Verpflichtungen in vollem Umfang Rechnung zu tragen;

27. *in der Erkenntnis*, daß das Tempo der wirtschaftlichen Transformation die rechtliche, wirtschaftliche und politische Stellung der Frauen in der Gesellschaft berücksichtigen muß;

28. *appelliert* an die westlichen Länder und die internationalen Finanzinstitutionen, die technische Hilfe gezielt der Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben weiblicher wie männlicher Unternehmer in den Ländern Mittel- und Osteuropas und den gerade unabhängig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion zukommen zu lassen;

Koordination und Zusammenarbeit

29. *fordert* die Reformstaaten *nachdrücklich auf*, die Mechanismen der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit, vor allem den interregionalen Handel, zu stärken, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern;

30. *fordert* die Reformstaaten *auf*, die Umwelt in den Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung zu integrieren und hofft, daß die Konferenz von Sofia zu einer verbesserten Koordinierung der Hilfe für diese Länder führen wird;

31. fordert die Länder des Westens auf, den wirtschaftlichen Übergangsprozeß durch Abbau der Handelsschranken gegenüber den Reformstaaten zu unterstützen;

32. begrüßt den Abschluß der Abkommen der Uruguay-Runde des GATT und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß alle Reformstaaten innerhalb der OSZE Mitglieder der Welthandelsorganisation werden;

33. appelliert an die Länder des Westens, gezielte und koordinierte finanzielle, erzieherische und technische Hilfe – vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung – zur Unterstützung der wirtschaftlichen Bemühungen der Reformstaaten zu leisten und ist der Auffassung, daß der Umfang und die Schnelligkeit der Hilfe einem Prozeß der realen Demokratisierung der Gesellschaft (vor allem im Hinblick auf demokratische Wahlen) und der unbehinderten Verwirklichung der menschlichen Dimension angemessen sein sollten;

34. fordert die internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere im Rahmen der Gruppe der 24, nachdrücklich zur Verbesserung ihrer Koordinierung bei der Bereitstellung technischer, wissenschaftlicher und finanzieller Hilfe für die Reformstaaten auf;

35. unterstützt die Empfehlung des Dritten Wirtschaftsforums, die Teilnehmerstaaten sollten die Umsetzung der früheren Verpflichtungen – im Dokument von Bonn und anderenorts in der wirtschaftlichen Dimension – prüfen und dafür sorgen, daß der wirtschaftlichen Dimension während der laufenden Diskussionen über ein umfassendes Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert besondere Beachtung geschenkt wird;

36. bestätigt ihre Unterstützung für das Konzept des OSZE-Wirtschaftsforums, wobei sie sich angesichts ihrer Ressourcen und der Rolle anderer zuständiger internationaler Organisationen eine bessere Festlegung der Zielsetzungen des Forums, thematisch stärker zugespitzte Tagesordnungen der Sitzungen und glaubwürdige sowie erreichbare Ziele wünscht;

37. empfiehlt der OSZE, unter Vermeidung von Doppelarbeit erfolgreiche Anstrengungen von Reformstaaten um eine Steigerung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu analysieren und zu veröffentlichen, um auf diese Weise anderen Reformstaaten zu helfen;

38. begrüßt die beträchtlichen Anstrengungen einiger OSZE-Teilnehmerstaaten, die wirtschaftliche Umstrukturierung in den Reformstaaten zu unterstützen und fordert die Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten auf, bei der internationalen Unterstützung der Reformstaaten für eine gerechte Lastenteilung zu sorgen;

39. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen und der Blockade des ehemaligen Jugoslawiens auf benachbarte Reformstaaten zu lindern.

Kapitel III

Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen

1. unter Hervorhebung, daß die Achtung der Menschenrechte eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung und Weiterentwicklung von Frieden und Sicherheit darstellt und daß Menschenrechtsverletzungen oft zu einer Zuspitzung von Situationen und Konflikten zwischen verschiedenen Volksgruppen führen;

2. die zentrale Stellung der menschlichen Dimension im OSZE-Prozeß bekräftigend;

3. unter Hinweis auf die Bestimmungen des OSZE-Dokuments von Kopenhagen (5.–29. Juni 1990) und im Hinblick auf die Herbeiführung einer problemlosen Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten in die Gesellschaft;

4. bekräftigt die Bedeutung des humanitären Völkerrechts, wie in den Genfer Abkommen und deren Zusatzprotokollen festgelegt, und bittet alle Staaten um deren Unterzeichnung und Ratifizierung;

5. unterstreicht insbesondere die Notwendigkeit der bedingungslosen Einhaltung des IV. Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegzeiten vom 12. August 1949 und dessen Zusatzprotokolle durch die OSZE-Teilnehmerstaaten;

6. unterstützt die Schaffung eines internationalen Strafrechts für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord sowie eines ständigen internationalen Gerichtshofs für Strafsachen mit Zuständigkeit für von einzelnen begangene Straftaten, damit potentielle Kriegsverbrecher vor diesem Gericht auf der Grundlage internationaler Übereinkommen und anderer humanitärer Rechtsvorschriften für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden;

7. erklärt, daß die OSZE-Teilnehmerstaaten eine grundlegende Verpflichtung übernommen haben, von Menschenrechtsverletzungen jeder Art Abstand zu nehmen;

8. fordert den amtierenden Vorsitz *nachdrücklich auf*, solche Verletzungen dem Ständigen Rat der OSZE und dem BDIMR sowie dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten zur Kenntnis zu bringen;

9. fordert die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Integration der nationalen Minderheiten in die demokratische Gesellschaft herbeizuführen und dabei zu gewährleisten, daß sie ihre Identität bewahren können und der Grundsatz der territorialen Integrität eines jeden Staats beachtet wird;

10. empfiehlt den Teilnehmerstaaten, die Umsetzung der Menschenrechtsverpflichtungen zu verstärken durch umfassende Nutzung der Mechanismen von Wien und Moskau und der neu gegründeten

OSZE-Gremien, darunter das BDIMR, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die Ressourcen und Potentiale der Parlamentarischen Versammlung der OSZE;

11. fordert die Teilnehmerstaaten *nachdrücklich auf*, ihre Anerkennung des Mechanismus der menschlichen Dimension als Instrument des Dialogs und der Zusammenarbeit ausdrücklich zu bekräftigen;

12. begrüßt das OSZE-Dokument von Budapest 1994, in dem sich die Teilnehmerstaaten der OSZE zur Unterstützung des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten bei der Fortführung seiner Arbeit und zu größeren Anstrengungen bei der Verwirklichung seiner Empfehlungen verpflichten;

13. betont die Notwendigkeit, zur Förderung eines größeren Bekanntheitsgrades der OSZE und ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit beizutragen und zusätzliche Möglichkeiten für eine Teilnahme von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) an diesen Aktivitäten zu schaffen;

14. bringt den Wunsch *zum Ausdruck* nach einer engeren Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich der Frühwarnung, wo ein rechtzeitiger Meinungs- und Informationsaustausch mit vor Ort arbeitenden NGOs von großem Nutzen sein kann;

15. bittet die Teilnehmerstaaten, den Überprüfungstreffen im Hinblick auf die Verwirklichung der menschlichen Dimension und den Überprüfungskonferenzen die ihnen zukommende Bedeutung beizumessen und eine effektive Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen zu erleichtern;

Intoleranz und Diskriminierung/Minderheitenfragen

16. zutiefst besorgt über das anhaltende Klima der Diskriminierung und Intoleranz im OSZE-Gebiet, darunter auch in Ländern mit langer demokratischer Erfahrung;

17. überzeugt, daß Äußerungen von Intoleranz und Diskriminierung nicht nur Menschen treffen, die nationalen Minderheiten und ethnischen, kulturellen oder religiösen Gruppen innerhalb von Staaten angehören, sondern auch die Harmonie zwischen Staat und Gesellschaft untergraben;

18. besorgt über Massenwanderungsbewegungen im OSZE-Gebiet, die Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen umfassen;

19. betont, daß Migrations- und Flüchtlingsfragen für die OSZE-Teilnehmerstaaten von allergrößter Bedeutung sind;

20. überzeugt von der Notwendigkeit gesamteuropäischer Strukturen einschließlich eines schnellen Eingreifpotentials und von Methoden der Lastenteilung, um mit dem Massenzustrom von Flüchtlingen fertig zu werden;

21. fordert den Generalsekretär der OSZE *auf*, in Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Organisationen, die im OSZE-Gebiet Flüchtlingen und Vertriebenen Hilfe leisten, über Möglichkeiten der Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen

den OSZE-Teilnehmerstaaten in Fällen massiven Zustroms, unter anderem auch über die mögliche Errichtung eines Lastenteilungsmechanismus der OSZE, eine Studie anzufertigen und auf der Tagung der Parlamentarischen Versammlung 1996 darüber zu berichten;

22. fordert die Ausarbeitung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Garantien für Minderheiten, unterstützt den Pakt für Stabilität in Europa und hofft auf den Ausbau der dem BDIMR zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Blickwinkel der personellen und finanziellen Ressourcen;

23. ist der Auffassung, daß die OSZE-Teilnehmerstaaten alle mit der Anerkennung von Serbien-Montenegro als Gesprächspartner verbundenen Verhandlungen von der vollen Anerkennung der Rechte der albanischstämmigen Einwohner von Kosowo abhängig machen müssen. Ohne diese Vorbedingung sollten keine Verhandlungen über die Frage der Sanktionen aufgenommen werden;

24. verleiht der Auffassung Ausdruck, daß die Teilnehmerstaaten je nach Sachlage die internationalen Abkommen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung unterzeichnen, ratifizieren und uneingeschränkt umsetzen sollten;

25. betont die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention einschließlich der Anerkennung des Rechts auf Individualbeschwerden sowie des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (das im Februar 1995 zur Unterzeichnung durch europäische Staaten offengelegt wurde);

26. fordert die betreffenden europäischen OSZE-Teilnehmerstaaten *auf*, das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten zu unterzeichnen und befürwortet seine schnelle Ratifizierung, damit auf diesem Gebiet eine kohärente europäische Politik aufgebaut werden kann;

27. fordert die Teilnehmerstaaten und die nationalen Parlamente *auf*, Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der Hautfarbe, der Religion oder der Abstammung auszuarbeiten und eine Verschärfung des Strafmaßes für aus Haß auf andere Menschen begangene Delikte in Betracht zu ziehen;

28. fordert die Teilnehmerstaaten *nachdrücklich auf*, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten, um sich zu früheren Fällen der Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung zu bekennen und aktiv nach Wegen zu suchen, um mit ihren Nachbarn und anderen Ländern zusammenzuarbeiten;

29. fordert die Teilnehmerstaaten *auf*, sicherzustellen, daß allen Menschen, die unterschiedlichen Teilen ihrer Bevölkerung angehören, in ihrer Verfassung, ihren Gesetzen und ihrer Verwaltungspraxis die gleiche Achtung und Wertschätzung entgegengebracht wird und daß nicht aufgrund der Volkszugehörigkeit, der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der nationalen oder sozialen Herkunft oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit eine ausdrückliche oder stillschweigende Zurücksetzung stattfindet;

30. *fordert* die Teilnehmerstaaten *auf*, besondere Maßnahmen zum Schutz nationaler Minderheiten in Abstimmung mit diesen zu ergreifen;

31. *erinnert* an die im Dokument von Helsinki 1992 eingegangenen Verpflichtungen in bezug auf die Verminderung der Staatenlosigkeit;

32. *stellt fest*, daß ein Staat die Staatsbürgerschaft nur mit Einwilligung des Betroffenen gewähren oder verleihen darf;

33. *fordert* die Teilnehmerstaaten *auf*, den einzelnen als Bürgern, nicht als Angehörigen einer bestimmten nationalen oder ethnischen Gruppe gleiche Rechte zu geben. Dementsprechend sollten sie dafür Sorge tragen, daß allen Bürgern in ihrer Verfassung, ihren Gesetzen und ihrer Verwaltungspraxis die gleiche Achtung und Wertschätzung entgegengebracht wird und nicht aufgrund der Volkszugehörigkeit, der nationalen Herkunft, der Rasse oder der Religion eine ausdrückliche oder stillschweigende Zurücksetzung stattfindet; sie fordert ferner die Teilnehmerstaaten *auf* anzuerkennen, daß die Staatsbürgerschaft selbst auf einer echten und effektiven Verbindung zwischen einer Bevölkerung und einem Gebiet beruht, nicht auf der Rasse oder der ethnischen Zugehörigkeit gründen sollte und mit den internationalen Verpflichtungen des Staates auf dem Gebiet der Menschenrechte übereinstimmen muß;

34. *fordert nachdrücklich*, daß bei einer Veränderung der Souveränität alle Personen, die eine tatsächliche und wirksame Bindung zu einem neuen Staat

besitzen, die Staatsbürgerschaft dieses Staates erwerben sollten;

35. *fordert* den Generalsekretär der OSZE *auf*, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten die in der obigen Ziffer 29 erwähnten Punkte Land für Land zu überwachen und die Versammlung entsprechend zu unterrichten;

36. *erkennt* angesichts der Integration nationaler Minderheiten in zivile Gesellschaften die Bedeutung lokaler und regionaler Verwaltungsregelungen *an*, die den spezifischen Erfordernissen der nationalen Minderheiten auf lokaler und regionaler Ebene Rechnung tragen sowie die Wichtigkeit der Entwicklung von Verwaltungssystemen, wie zum Beispiel der Einrichtung des Ombudsmanns, zur Behandlung einzelner Beschwerden von Bürgern auf nationaler Ebene;

37. *fordert* die OSZE *auf*, mit dem Europarat und anderen geeigneten gesamteuropäischen Gremien Informationen auszutauschen und engere Arbeitsbeziehungen aufzubauen, um auf diese Weise ohne Überschneidungen und Doppelarbeit Kooperationsvereinbarungen zum Schutz der nationalen Minderheiten zu erreichen;

38. begrüßt die wachsende Aufmerksamkeit der OSZE für die Diskriminierung und die Intoleranz, denen sich die Sinti und Roma als Gemeinschaften wie auch als einzelne insbesondere in den Teilnehmerstaaten der OSZE gegenübersehen, und verpflichtet sich, Initiativen zu unterstützen, die zur Beseitigung dieser Probleme beitragen werden.

